

20

Wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung

1270-1200

Einkommensungleichheit und staatliche Umverteilung

Zusammensetzung, Verteilung und Umverteilung der Einkommen der privaten Haushalte

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Statistik BFS

Neuchâtel, 2012

Die vom Bundesamt für Statistik (BFS)
herausgegebene Reihe «Statistik der Schweiz»
gliedert sich in folgende Fachbereiche:

0 Statistische Grundlagen und Übersichten

1 Bevölkerung

2 Raum und Umwelt

3 Arbeit und Erwerb

4 Volkswirtschaft

5 Preise

6 Industrie und Dienstleistungen

7 Land- und Forstwirtschaft

8 Energie

9 Bau- und Wohnungswesen

10 Tourismus

11 Mobilität und Verkehr

12 Geld, Banken, Versicherungen

13 Soziale Sicherheit

14 Gesundheit

15 Bildung und Wissenschaft

16 Kultur, Medien, Informationsgesellschaft, Sport

17 Politik

18 Öffentliche Verwaltung und Finanzen

19 Kriminalität und Strafrecht

20 Wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung

21 Nachhaltige Entwicklung und Disparitäten auf regionaler und internationaler Ebene

Einkommensungleichheit und staatliche Umverteilung

Zusammensetzung, Verteilung und Umverteilung der Einkommen der privaten Haushalte

Bearbeitung Caterina Modetta, Bettina Müller

Herausgeber Bundesamt für Statistik (BFS)

Office fédéral de la statistique (OFS)
Neuchâtel, 2012

Herausgeber: Bundesamt für Statistik (BFS)

Auskunft: Caterina Modetta, BFS, Tel. 032 713 64 30, E-Mail: caterina.modetta@bfs.admin.ch
Sekretariat Sektion Sozialanalysen, BFS, Tel. 032 713 64 21, E-Mail: info.sozan@bfs.admin.ch

Autorinnen: Caterina Modetta, Bettina Müller

Vertrieb: Bundesamt für Statistik, CH-2010 Neuchâtel
Tel. 032 713 60 60 / Fax 032 713 60 61 / E-Mail: order@bfs.admin.ch

Bestellnummer: 1270-1200

Preis: Fr. 11.– (exkl. MWST)

Reihe: Statistik der Schweiz

Fachbereich: 20 Wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung

Originaltext: Deutsch

Titelgrafik: BFS; Konzept: Netthoevel & Gaberthüel, Biel; Foto: © Alexander Raths – Fotolia.com

Grafik/Layout: Sektion DIAM, Prepress / Print

Copyright: BFS, Neuchâtel 2012
Abdruck – ausser für kommerzielle Nutzung –
unter Angabe der Quelle gestattet

ISBN: 978-3-303-20026-1

Inhaltsverzeichnis

Management Summary 5

1 Einleitung 7

2 Einkommen und Ausgaben der Haushalte 9

2.1 Einkommen der Haushalte 9

2.2 Obligatorische Ausgaben und Konsum 13

3 Einkommensverteilung und -ungleichheit 18

3.1 Verteilung von Primär-, Brutto- und verfügbarem Einkommen 19

3.2 Entwicklung der Einkommen 1998–2009 22

3.3 Einkommensungleichheit und staatliche Transfers 24

3.3.1 Quintilverhältnis S80/S20 und Gini-Koeffizient 24

3.3.2 Ergänzende Ungleichheitsmasse 28

4 Zusammenfassung 33

Glossar 35

Literatur 37

Anhang 39

Management Summary

Der vorliegende Bericht zur Einkommensungleichheit und staatlichen Umverteilung beschreibt die Zusammensetzung, Verteilung und Umverteilung der Einkommen der privaten Haushalte im Zeitraum von 1998 bis 2009. Zentral ist dabei die Frage, inwieweit allfällige Ungleichheiten durch staatliche Transfers kompensiert wurden.

Die Untersuchung zeigt, dass die Verteilung der Einkommen, die durch (Arbeits- und Kapital-) Marktprozesse zustande kommt, durch das sozialstaatliche Transfersystem stark beeinflusst wird und staatliche Umverteilung zu einer deutlichen Verringerung der Ungleichheit führt.

Das Ausmass der Ungleichheit in den Vor- und Nachtransfereinkommen blieb zwischen 1998 und 2009 weitgehend stabil. Tendenzen einer Veränderung der Ungleichheit zeigen sich für den Zeitraum von 2003 bis 2007. In diesen Jahren ist ein leichter Anstieg der Ungleichheit in den Vortransfereinkommen erkennbar, der mit der staatlichen Umverteilung kompensiert wird.

Veränderungen der Einkommensungleichheit können zu einem Teil mit der konjunkturellen Entwicklung erklärt werden. So kann eine zunehmende Ungleichheit in den Primäreinkommen zurückgehen auf einen grösseren Anteil an Personen, die nicht am Arbeitsmarkt teilnehmen und folglich auch keine Erwerbseinkommen erzielen. Die Entwicklung der Einkommen nach staatlichen Transfers wird zudem durch Transferleistungen und -ausgaben (vor allem Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und Sozialleistungen) beeinflusst. So ist davon auszugehen, dass die vergleichsweise schlechte Konjunkturentwicklung nach der Jahrtausendwende – vermittelt über Arbeitslosigkeit bzw. individuelle Erwerbsbeteiligung – mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung als zunehmende Ungleichheit auch in der Einkommensverteilung sichtbar wird. Vor allem der Ersatz von Erwerbseinkommen durch Transferleistungen der Arbeitslosenversicherung führt zu Veränderungen im Primäreinkommen (Erwerbs- und Vermögenseinkommen) und im verfügbaren Einkommen (Einkommen nach Berücksichtigung staatlicher Transferleistungen und -ausgaben). Dies steht in Einklang mit den Ergebnissen zur Zusammensetzung der Einkommen der privaten Haushalte, die zeigen, dass Transfereinkommen in diesem Zeitraum insbesondere bei den unteren Einkommensgruppen an Bedeutung gewinnen.

In den Jahren 2007 bis 2009 nimmt die Einkommensungleichheit tendenziell wieder ab, dies vermutlich wiederum als Nachwirkung der guten Konjunktur und als Folge der rückläufigen Arbeitslosigkeit in den Vorjahren.

Entsprechend dem Ergebnis, dass sich das Ausmass der Einkommensungleichheit in den Jahren 1998 bis 2009 kaum verändert hat, bleibt auch die Zusammensetzung der Bruttoeinkommen weitgehend stabil.

Neben dem Einkommen liefern die Konsumausgaben einen wichtigen Hinweis zur finanziellen Situation der privaten Haushalte. Die Struktur der Konsumausgaben und deren Entwicklung im Zeitraum von 1998 bis 2009 bestätigt die Befunde zur Einkommensungleichheit und liefert ebenfalls keine Hinweise auf zunehmende Ungleichheiten: Im Zeitverlauf lässt sich bei den Konsumausgaben der Erwerbshaushalte tendenziell eine Verlagerung von den grundlegenden Bedürfnissen zu weitergehenden Bedürfnissen wie Mobilität und Freizeit feststellen. Dieser Trend ist sowohl bei den wohlhabendsten wie auch bei den einkommensschwächsten Erwerbshaushalten zu beobachten.

1 Einleitung

Fragen der Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Disparitäten im Zusammenhang mit Einkommensverteilung und Umverteilung durch staatliche Massnahmen stehen immer wieder im Fokus der öffentlichen Debatte – insbesondere bei verteilungspolitisch relevanten Themen wie etwa der Einnahmen- und Steuerpolitik, der Bereitstellung öffentlicher Güter, der Lohn- und Preisentwicklung oder bei sozialpolitischen Reformen.

Einkommensverteilung und Umverteilung durch staatliche Eingriffe sind auch Bestandteil der Analysen zur finanziellen Situation der privaten Haushalte des Bundesamts für Statistik (BFS).[1] Eine objektive Beschreibung der Einkommensumverteilung im Rahmen empirischer Analysen erfordert eine klare Unterscheidung zwischen Vor- und Nachtransfereinkommen. Mit der Revision der Haushaltsbudgeterhebung (HABE, vormals Einkommens- und Verbrauchserhebung EVE) des BFS liegen nun erstmals Daten zum Einkommen vor staatlicher Umverteilung vor. Bisherige Arbeiten zu diesem Thema können daher um detaillierte Analysen zur Einkommensverteilung vor und nach staatlichen Transfers erweitert werden.[2]

Die Verteilung der Einkommen wird dabei aus einer Perspektive der Wohlfahrt betrachtet. Gegenstand der Untersuchung ist nicht das Einkommen an sich, sondern die daraus resultierende individuelle Wohlfahrt und deren Verteilung.[3] Die Auswertungen basieren auf den Daten der Haushaltsbudgeterhebung (HABE) des BFS, die detaillierte Angaben zu den Einkommen und Ausgaben der Privathaushalte erhebt (vgl. Kasten «Datenquelle und Stichproben»).[4]

Der erste Teil des Berichts gibt zunächst einen Überblick der finanziellen Situation der privaten Haushalte. Dieser umfasst auf der Einnahmenseite die Zusammensetzung des Bruttoeinkommens und die Entwicklung zentraler Einkommenskomponenten (Kapitel 2.1), auf der Ausgabenseite die Struktur und Entwicklung der obligatorischen Ausgaben, der Konsumausgaben und des Sparbetrags (Kapitel 2.2).

Die Informationen zu Einkommen und Belastung der privaten Haushalte liefern im zweiten Teil des Berichts den Hintergrund für die Analyse der Einkommensungleichheit. Ausgehend von verschiedenen Phasen im Prozess staatlicher Umverteilung werden hierzu drei Einkommensstufen unterschieden (Kapitel 3.1) und ihre Entwicklung für den Zeitraum von 1998 bis 2009 betrachtet (Kapitel 3.2). Kapitel 3.3 behandelt die Frage, inwieweit allfällige Ungleichheiten durch staatliche Transfers kompensiert werden. Das Ausmass der Einkommensungleichheit vor und nach Umverteilung wird dabei anhand verschiedener Ungleichheitsmasse untersucht.

Der Bericht schliesst mit einer Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse.

---

1 Vergleiche Bundesamt für Statistik (2007) und Bundesamt für Statistik (2011).

2 Vgl. Anhang A. Wenn im Folgenden von (staatlicher) Umverteilung die Rede ist, so handelt es sich genauer um staatliche und staatlich geregelte private Umverteilung (vgl. Glossar → Umverteilung).

3 Einkommen beschreibt die Möglichkeiten, über Güter und Dienstleistungen verfügen zu können. Sofern Einkommen auch gespart werden kann, stellt es zudem einen Einflussfaktor für künftige Konsummöglichkeiten dar. Insgesamt liefert das Einkommen damit für ökonomische Analysen der Wohlfahrt eine objektive Grösse, die – ausgehend von den gegenwärtig verfügbaren Informationen – den Möglichkeitsraum von Haushalten am besten beschreibt. Idealerweise sollten sich diese Analysen jedoch auf Daten stützen, die neben Einkommen auch Ausgaben, Sparen und Vermögen umfassen (vgl. auch Canberra Group 2011).
Mit der Verwendung des Einkommens als Indikator zur Bewertung von Umverteilung wird diese im vorliegenden Bericht naturgemäss im Hinblick auf finanzielle Ressourcen untersucht.

4 Alle vorgestellten Ergebnisse wurden nach dem für 2008 revidierten Auswertungskonzept der Haushaltsbudgeterhebung (HABE) berechnet. Detailliertere Angaben zur Erhebung sind im Statistikportal des BFS abrufbar: http://www.statistik.admin.ch > Infothek > Erhebungen, Quellen.

Datenquelle und Stichproben

Die Auswertungen basieren auf den Daten der Haushaltsbudgeterhebung (HABE) des BFS. Diese wird in der heutigen Form seit 1998 durchgeführt (seit 2000 jährlich mit reduzierter Stichprobengrösse) und erhebt detaillierte Angaben zu den Einkommen und Ausgaben der Privathaushalte. Da die Grösse der jährlichen Stichprobe der HABE (zum Beispiel 3317 Haushalte im Jahr 2009) keine vertieften Analysen zu kleinen Bevölkerungsgruppen zulässt, werden ab dem Jahr 2000 für gewisse Analysen jeweils drei (bzw. vier) aufeinanderfolgende Jahre zusammengelegt, so dass die Stichprobe vergrössert und folglich die Qualität der Ergebnisse verbessert werden kann. Die Stichprobe des Jahres 1998 ist dreimal so gross wie in den folgenden Jahren und wird daher nicht mit anderen Stichproben zusammengelegt. Daraus resultieren momentan vier Stichproben mit je rund 9000–13'000 auswertbaren Haushalten, die vor allem in Kapitel 2 die Datengrundlage bilden: die HABE 1998, die HABE 2000–2002, die HABE 2003–2005 und die HABE 2006–2009 (vgl. Tabelle 1 im Anhang zur Anzahl der Beobachtungen).

In Kapitel 3 wird auf ein Zusammenlegen der Daten verzichtet.

Die Frankenbeträge werden jeweils preisbereinigt zu Preisen 2009 und pro Monat angegeben.

Genauigkeit der Schätzwerte

Die Genauigkeit der Schätzwerte wird im vorliegenden Bericht angegeben durch den Variationskoeffizienten (Werte >10% in Klammern) oder die Abweichung der 95%-Vertrauensintervallgrenze vom geschätzten Wert, häufig geschrieben in der Form «geschätzter Wert ± halbe Breite des Vertrauensintervalls» respektive «geschätzter Wert ±1.96 x geschätzte Standardabweichung» (vgl. Glossar → Variationskoeffizient und Vertrauensintervall).

2 Einkommen und Ausgaben der Haushalte

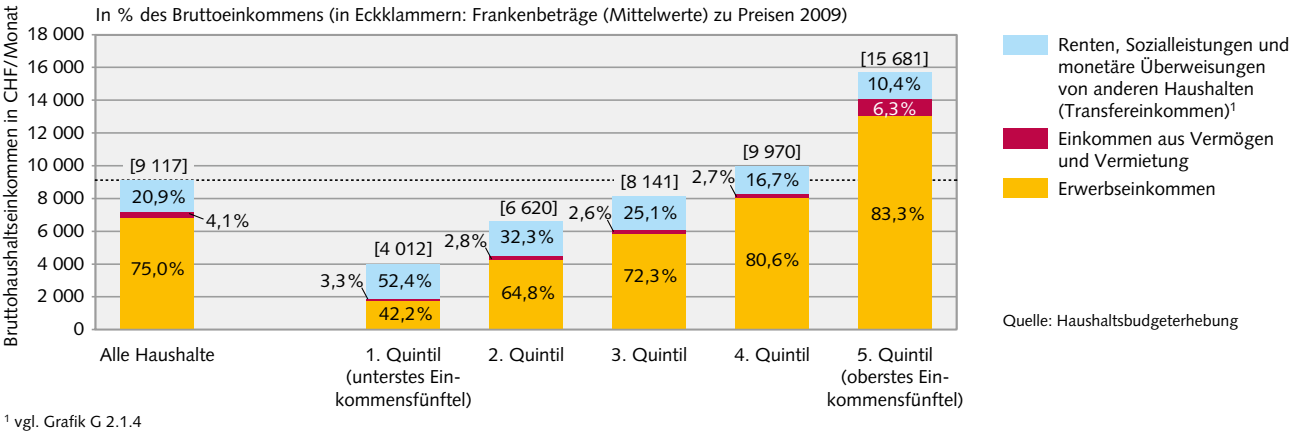
Durch finanzielle Transfers staatlicher Institutionen (vor allem Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und Sozialleistungen) wird die Einkommensverteilung, die aus (Arbeits- und Kapital-) Marktprozessen resultiert, korrigiert.[5] Umverteilung findet sowohl auf der Einkommens- als auch auf der Ausgabenseite statt. Die Einkommensstruktur der privaten Haushalte wird wesentlich durch dieses Umverteilungssystem geprägt. Im Folgenden werden die zentralen Einkommens- und Ausgabenkomponenten und deren Entwicklung von 1998 bis 2009 untersucht. Es wird dabei auch der Frage nachgegangen, ob in bestimmten Einkommensgruppen einzelnen Einkommens- oder Ausgabekomponenten eine besondere Bedeutung zukommt. Abschliessend wird analysiert, was im Haushaltsbudget als Sparbetrag übrigbleibt.

2.1 Einkommen der Haushalte

Das durchschnittliche Bruttoeinkommen[6] der schweizerischen Haushalte beträgt 2006–2009 9117 Franken pro Monat. Die anteilsmässig bedeutendsten Komponenten des Bruttoeinkommens sind Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit (64,0%) sowie Renten und Sozialleistungen (19,2%).[7]

Erwerbshaushalte[8] verfügen im Durchschnitt über ein höheres Bruttoeinkommen als Rentnerhaushalte. Im Vergleich von Rentner- und Erwerbshaushalten unterscheiden sich die Einkommensstrukturen primär durch das erwartungsgemäss geringe Arbeitseinkommen der Rentnerhaushalte. Bei den Rentnerhaushalten macht das Transfereinkommen den grössten Teil des Bruttoeinkommens aus: Es beläuft sich 2006–2009 auf 84,2% ihres Bruttoeinkommens, während es bei den Erwerbshaushalten 8,9% ausmacht (vgl. Grafiken 2.1.1 bis 2.1.3).

Zusammensetzung des Bruttoeinkommens nach Einkommenshöhe, zusammengelegte Stichproben 2006–2009, alle Haushalte **G 2.1.1**



Quelle: Haushaltsbudgeterhebung

[1] vgl. Grafik G 2.1.4

© Bundesamt für Statistik (BFS)

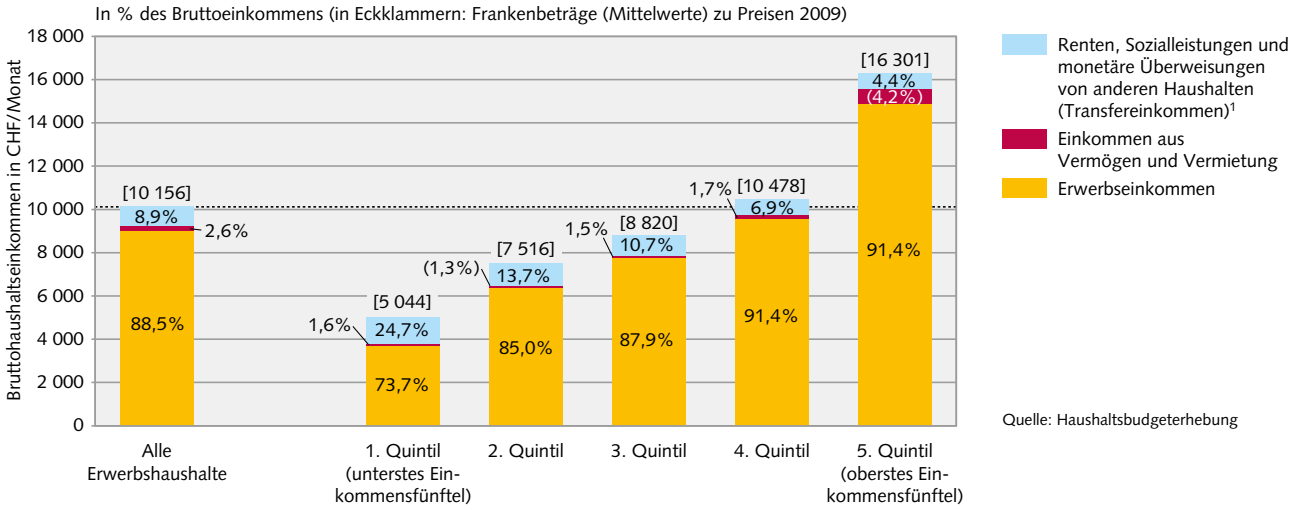
[5] Vergleiche Bundesamt für Statistik (2012).

[6] Gemäss Definition der HABE; vgl. Glossar → Bruttohaushaltseinkommen.

[7] Zur Übersicht der Einkommenskomponenten vgl. Anhang B.

[8] Als Rentnerhaushalte gelten alle Haushalte, deren → Referenzperson (vgl. Glossar) eine AHV-, IV- oder Frührente bezieht und nicht erwerbstätig ist. Alle übrigen Haushalte werden als Erwerbshaushalte klassiert (inklusive Referenzpersonen in Ausbildung).

Zusammensetzung des Bruttoeinkommens nach Einkommenshöhe, zusammengelegte Stichproben 2006–2009, Erwerbshaushalte G 2.1.2

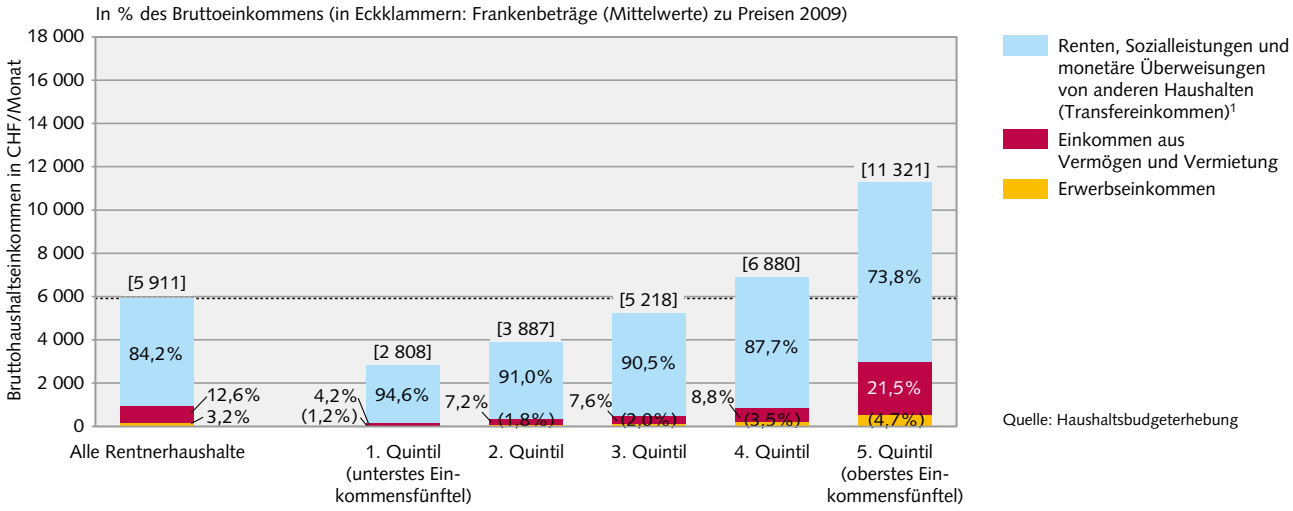


Quelle: Haushaltsbudgeterhebung

(In Klammern): Wert mit starker Streuung: Variationskoeffizient > 10%.
[1] vgl. Grafik G 2.1.4

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Zusammensetzung des Bruttoeinkommens nach Einkommenshöhe, zusammengelegte Stichproben 2006–2009, Rentnerhaushalte G 2.1.3



Quelle: Haushaltsbudgeterhebung

(In Klammern): Wert mit starker Streuung: Variationskoeffizient > 10%.
[1] vgl. Grafik G 2.1.4

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Das Alterssicherungssystem der Schweiz basiert auf einem Dreisäulenprinzip. Während die erste Säule (AHV) nach dem Umlageverfahren ausgestaltet ist, sind die zweite und dritte Säule (berufliche Vorsorge und freiwilliges, teilweise steuerbegünstigtes Sparen) auf das Ansparen eines Altersguthabens hin angelegt (Kapitaldeckungsverfahren). In der zweiten und dritten Säule sind neben Renten auch Kapitalbezüge möglich. Es ist generell davon auszugehen, dass Rentnerinnen und Rentner ihren Lebensunterhalt zum Teil durch Vermögensverzehr bestreiten. Da die Vermögenssituation in der aktuellen Datenbasis nicht vollständig erfasst wird, sind Angaben zur finanziellen Situation der Rentnerhaushalte zum jetzigen Zeitpunkt nicht umfassend möglich.

Die Zusammensetzung des Bruttoeinkommens wird daher im Folgenden nur für Erwerbshaushalte detaillierter untersucht.

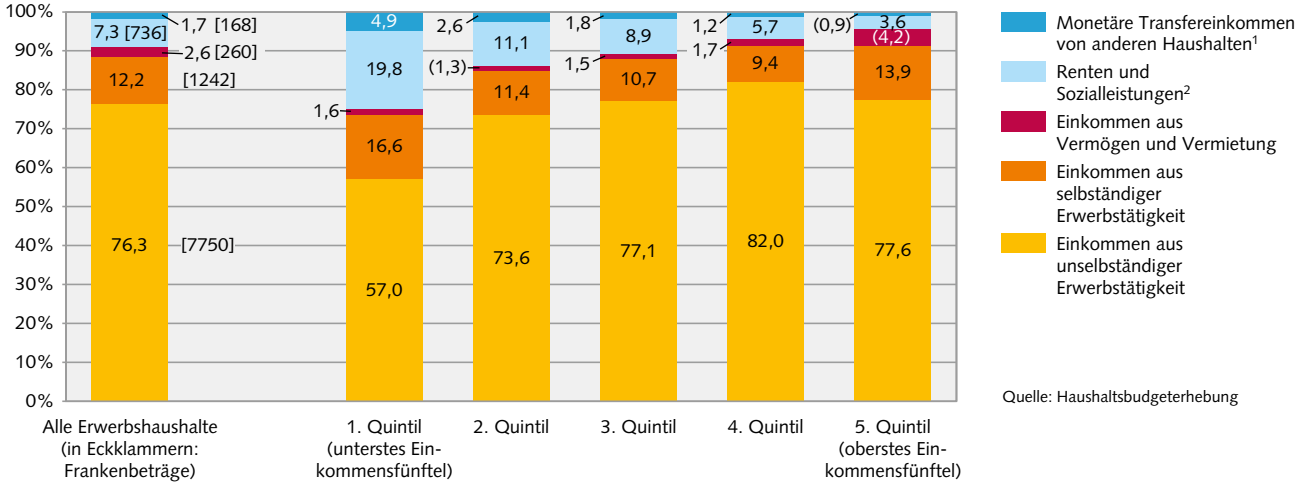
Deren Bruttoeinkommen beträgt 2006–2009 durchschnittlich 10'156 Franken, 76,3% davon aus unselbständiger und 12,2% aus selbständiger Erwerbsarbeit. Renten und Sozialleistungen (z.B. AHV, IV, ALV) machen 7,3% des Bruttoeinkommens aus, Einkommen aus Vermietung und Vermögen 2,6%. Die Differenzierung nach Einkommensgruppen[9] (vgl. Grafik 2.1.4) lässt mit steigender Einkommensklasse einerseits eine deutliche absolute und anteilmässige Abnahme der Transfereinkommen (Renten und Sozialleistungen, monetäre Transfereinkommen von anderen Haushalten) und andererseits eine Zunahme der Vermögenseinkommen erkennen. Letzteres zeigt, dass die Bezügerinnen und Bezüger hoher Einkommen zusätzlich über wesentlich grössere finanzielle Reserven verfügen als die unteren und mittleren Einkommensgruppen.

Das gesamte Erwerbseinkommen aus selbständiger und unselbständiger Arbeit macht beim untersten Einkommensfünftel 73,7% des Bruttoeinkommens aus, während sich der entsprechende Anteil in den übrigen Einkommensgruppen zwischen 85,0 und 91,4% bewegt.

Die Unterschiede in der Höhe des Einkommens sind zwischen den Einkommensgruppen sehr gross. So ist das mittlere Bruttoeinkommen des einkommensstärksten Fünftels 2006–2009 mit 16'301 Franken mehr als dreimal so hoch wie jenes der Einkommensschwächsten (5044 Franken).

Auch die Zusammensetzung des Bruttoeinkommens (Grafik 2.1.5) zeigt in den Jahren 1998 bis 2006–2009 wenig Entwicklung. Zu beobachten ist generell eine leichte relative Abnahme bei den Vermögenserträgen sowie – seit 2000–2002 – eine geringe anteilmässige Zunahme der Transfereinkommen. Letztere tritt beim untersten Einkommensfünftel wesentlich deutlicher zu Tage und erklärt sich vermutlich zum Teil auch durch die konjunkturelle Abschwungphase nach der Jahrtausendwende, die in Folge einer höheren Arbeitslosigkeit den anteilmässigen Beitrag des Erwerbseinkommens am Bruttoeinkommen in dieser Einkommensgruppe schwinden lässt.

Zusammensetzung des Bruttoeinkommens nach Einkommenshöhe, zusammengelegte Stichproben 2006–2009, Erwerbshaushalte **G 2.1.4**



Quelle: Haushaltsbudgeterhebung

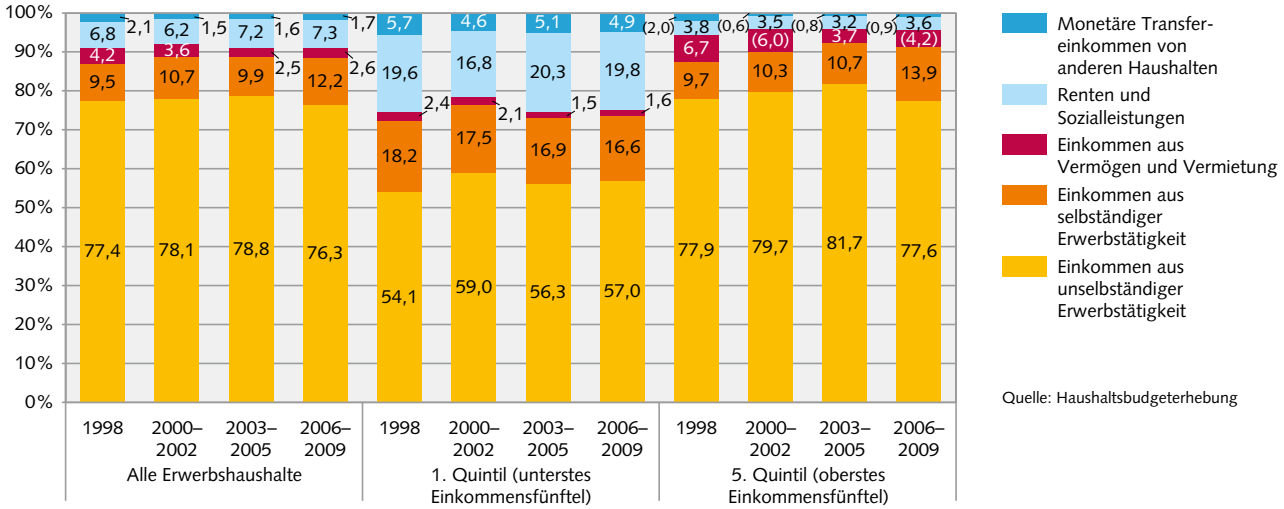
Wegen Rundungsdifferenzen können aufaddierte Werte leicht von 100% abweichen.
(In Klammern): Wert mit starker Streuung: Variationskoeffizient > 10%.
[1] «Monetäre Transfereinkommen von anderen Haushalten»: Alimente und andere Unterstützungsleistungen in bar von anderen Haushalten.
[2] «Renten und Sozialleistungen»: Renten und Ergänzungsleistungen der AHV/IV (1. Säule), Renten aus der beruflichen Vorsorge (2. Säule), Taggelder der EO, ALV, SUVA, Krankenkasse und Militärversicherung, weitere Sozialleistungen wie kantonale Prämienverbilligungen für Krankenkassenprämien, Mietzuschüsse, Familienzulagen, Stipendien und Sozialhilfe.
Das *Transfereinkommen* entspricht der Summe der Rubriken «Renten und Sozialleistungen» und «Monetäre Transfereinkommen von anderen Haushalten».

© Bundesamt für Statistik (BFS)

[9] Die Einteilung in Einkommensquintile erfolgte zur Vergleichbarkeit von Wohlfahrtsniveaus unterschiedlicher Haushaltstypen auf Basis des bedarfsgewichteten Bruttoeinkommens der Erwerbshaushalte (vgl. Glossar → Äquivalenzeinkommen). Sie beziehen sich auf die *Personenebene*. Alle weiteren Angaben zu Einkommen und Ausgaben der Haushalte basieren hingegen auf dem Einkommen des gesamten Haushalts, d.h. ohne Äquivalenzgewichtung. Die *Haushaltsebene* bildet in diesen Fällen die Analysegrundlage.

Entwicklung der Zusammensetzung des Bruttoeinkommens nach Einkommenshöhe, zusammengelegte Stichproben 1998 bis 2006–2009, Erwerbshaushalte

G 2.1.5



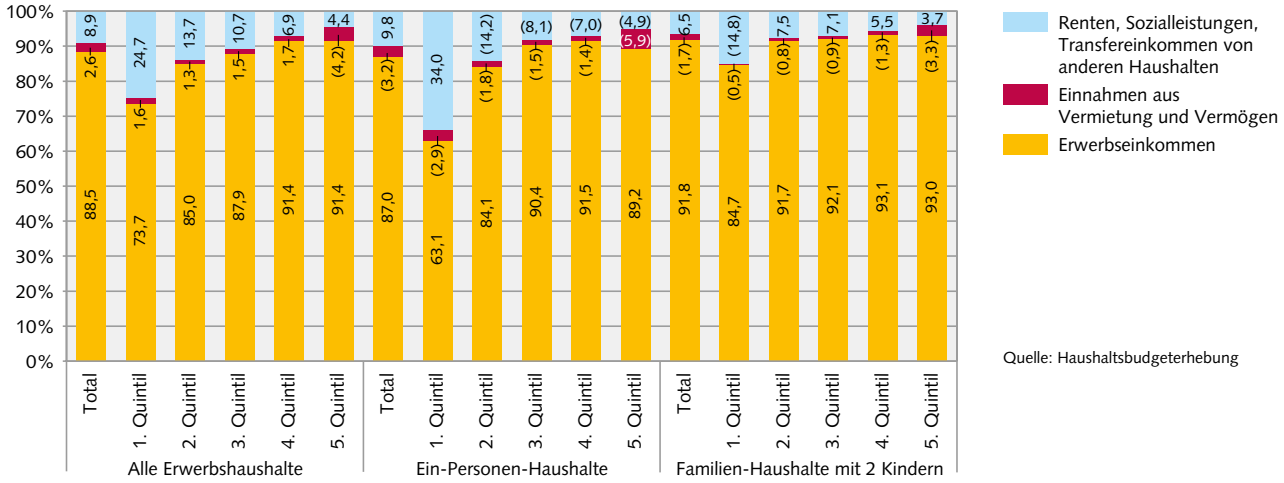
Quelle: Haushaltsbudgeterhebung

Wegen Rundungsdifferenzen können aufaddierte Werte leicht von 100% abweichen.
(In Klammern): Wert mit starker Streuung: Variationskoeffizient > 10%.

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Zusammensetzung des Bruttoeinkommens nach Haushaltstyp und Einkommensquintil, zusammengelegte Stichproben 2006–2009, Erwerbshaushalte

G 2.1.6



Quelle: Haushaltsbudgeterhebung

Wegen Rundungsdifferenzen können aufaddierte Werte leicht von 100% abweichen.
(In Klammern): Wert mit starker Streuung: Variationskoeffizient > 10%.

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Auch in den verschiedenen Haushaltstypen blieb die Einkommensstruktur im Beobachtungszeitraum 1998 bis 2006–2009 weitgehend stabil. Werden die Haushaltstypen nach Einkommensgruppen differenziert, zeigen sich jedoch Unterschiede. So variiert bei Alleinlebenden (und in geringerem Ausmass auch bei Paarhaushalten ohne Kinder) die Einkommenszusammensetzung besonders stark mit der Einkommenshöhe. Ein-Personen-Haushalte der untersten Einkommensgruppe leben durchschnittlich zu 63,1% von Arbeitseinkommen und zu 34,0% von Transfereinkommen[10] (Grafik 2.1.6). Bei einkommensschwachen Familienhaushalten[11] ist der Anteil der Arbeitseinkommen dagegen höher und variiert 2006–2009

[10] Erwerbshaushalte werden als Nicht-Rentnerhaushalte definiert (vgl. Fussnote 8 sowie Glossar → Referenzperson). In einem Erwerbshaushalt bezieht die Referenzperson keine AHV-, IV- oder Frührente. Sie muss jedoch nicht zwingend erwerbstätig sein: Bezieht sie sonstige Transferleistungen (z.B. ALV, Familienzulagen, Stipendien, Sozialhilfe), gilt sie als Erwerbsperson und der Haushalt somit als Erwerbshaushalt.

[11] Familienhaushalte: Untersucht wurden jeweils Paarhaushalte mit 1 bis 3 Kindern.

je nach Haushaltsgrösse zwischen 80 und 85%. Dies lässt sich dadurch erklären, dass in Familienhaushalten oft mehrere Personen mit Arbeitseinkommen zum Einkommen des Haushalts beitragen.

2.2 Obligatorische Ausgaben und Konsum

Vom Brutto- zum verfügbaren Einkommen: obligatorische Ausgaben

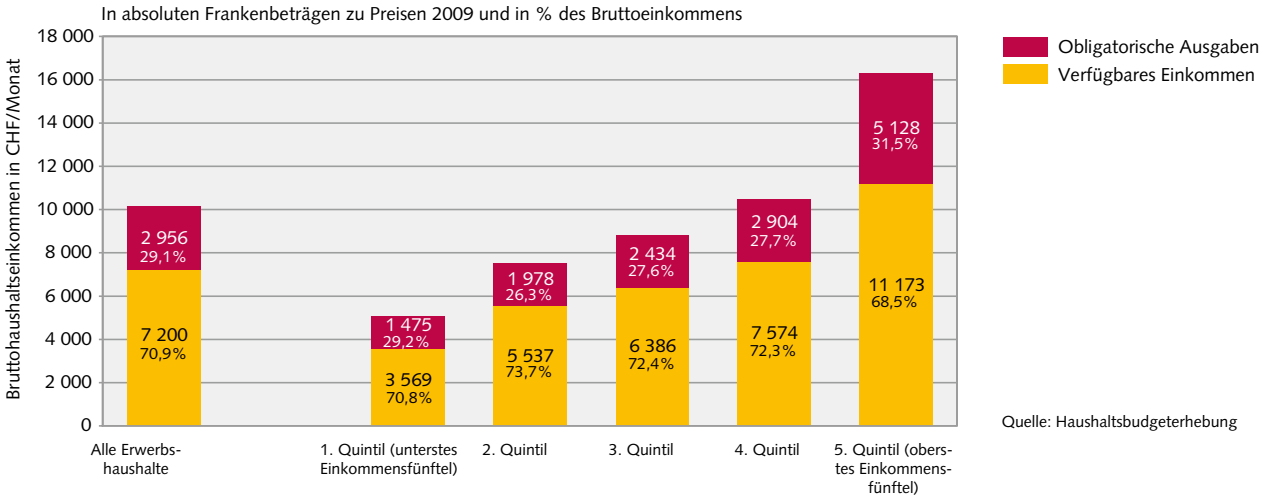
Im Durchschnitt gaben Erwerbshaushalte 2006–2009 28,8% ihres Bruttoeinkommens für die obligatorischen Ausgaben (Steuern, Sozialversicherungen usw.)[12] aus. Überdurchschnittlich hohe Ausgaben haben das 1. und 5. Einkommensquintil mit 29,1% und 31,3%, vergleichsweise tiefere das 2. Quintil mit 26,1%. Das nach Abzug dieser obligatorischen Ausgaben verbleibende verfügbare Einkommen beträgt durchschnittlich 7200 Franken und bewegt sich für die fünf Einkommensgruppen zwischen 3569 und 11'173 Franken (Grafik 2.2.1).

unteren Einkommen vergleichsweise stark (über ein Drittel der gesamten obligatorischen Ausgaben ohne Prämienverbilligungen[13], gegenüber weniger als einem Zehntel im obersten Einkommensfünftel). Mit zunehmendem Einkommen kommt dagegen den Sozialversicherungsbeiträgen und Steuern eine grössere Bedeutung zu.

Die Steuern belasten durch ihre progressive Ausgestaltung vor allem höhere Einkommen überproportional. Anteilsmässig am wenigsten Steuern zahlt allerdings nicht das unterste Einkommensquintil, sondern das 2. Quintil.

Die Entwicklung der obligatorischen Ausgaben zwischen 1998 und 2006–2009 (Grafik 2.2.3) zeigt insgesamt eine stetige Zunahme seit der Jahrtausendwende. Besonders gross ist diese seit 2000–2002 im einkommensschwächsten Fünftel, bedingt vor allem durch den proportional stärkeren Anstieg der Krankenkassenprämien. Die obligatorischen Ausgaben der mittleren Einkommensquintile verändern sich nur geringfügig. Eine höhere Belastung durch einzelne Komponenten im Vergleich zu den übrigen Einkommensgruppen ist hier nicht erkennbar.

Obligatorische Ausgaben und verfügbares Einkommen nach Einkommenshöhe, zusammengelegte Stichproben 2006–2009, Erwerbshaushalte **G 2.2.1**



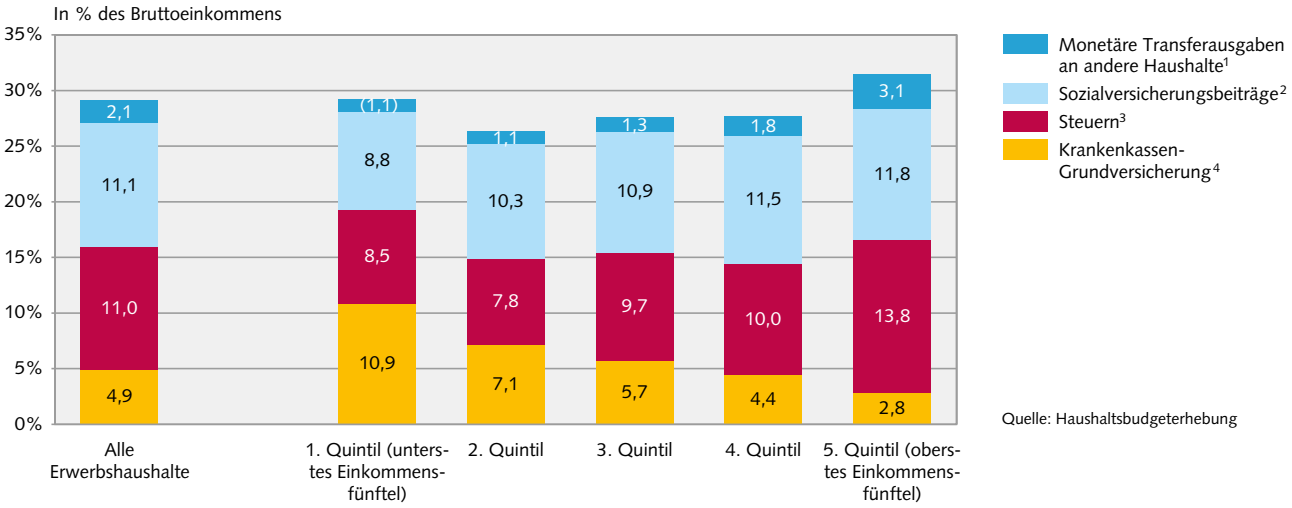
© Bundesamt für Statistik (BFS)

Durchschnittlich 11,0% des Bruttoeinkommens werden bei den Erwerbshaushalten für Steuern und 11,1% für Sozialversicherungen aufgewendet, wobei die prozentuale Belastung durch diese Ausgaben für die verschiedenen Einkommensklassen sehr unterschiedlich ausfällt (vgl. Grafik 2.2.2). Die Krankenkassenprämien belasten die

[12] Vgl. Glossar → obligatorische Ausgaben bzw. verfügbares Einkommen.

[13] Es wird jeweils der Bruttobetrag der Grundversicherungsprämien erfasst. Die Prämienverbilligungen, welche gemäss BAG von 30% der Bevölkerung bezogen werden (vgl.: www.bag.admin.ch > Themen > Krankenversicherung > Statistiken), fliessen einkommensseitig als «Sozialleistungen und Taggelder» in die Rubrik «Renten und Sozialleistungen» ein. In einzelnen Fällen, bei denen dem Haushalt nur die Nettoprämie bekannt ist, wird nur diese erfasst und ausgewiesen.
N.B. Durch die einkommensseitige Anrechnung der KV-Prämienverbilligungen wird bei dieser Darstellungsart der Anteil der Krankenkassenprämien am Total der Zwangsausgaben höher ausgewiesen, als wenn nur die Nettoprämien einfliessen würden. Besonders für einkommensschwache Haushalte sind die Prämienverbilligungen von grosser Bedeutung. Dieses Konzept der Bruttoausgaben wird aber – in Übereinstimmung mit internationalen Definitionen – bei allen Transferleistungen eingesetzt.

Zusammensetzung der obligatorischen Ausgaben nach Einkommenshöhe, zusammengelegte Stichproben 2006–2009, Erwerbshaushalte G 2.2.2



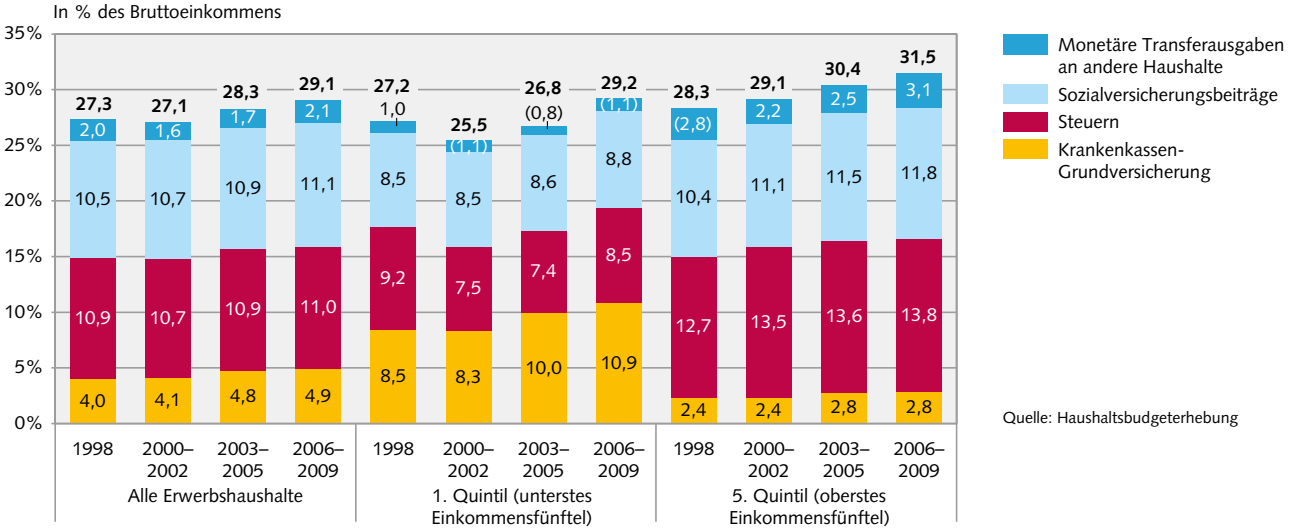
Quelle: Haushaltsbudgeterhebung

(In Klammern): Wert mit starker Streuung: Variationskoeffizient > 10%.

[1] «Monetäre Transferausgaben an andere Haushalte»: Bezahlte Alimente und Unterstützungsbeiträge an andere Haushalte.
[2] «Sozialversicherungsbeiträge»: Beiträge an Alters- und Hinterbliebenenversicherung (AHV), Invaliditätsversicherung (IV) und Erwerbsersatzordnung (EO), Arbeitslosenversicherungsbeiträge (ALV), Unfallversicherungsbeiträge (UVG), Pensionskassenbeiträge (BVG) und andere Sozialversicherungsbeiträge.
[3] «Steuern»: Direkte Bundessteuer, kantonale und kommunale Einkommens- und Vermögenssteuern, Kirchensteuer und Quellensteuer.
[4] «Krankenkassen-Grundversicherung»: Prämien für die Krankenkassen-Grundversicherung und die private Unfallversicherung.
Die *Transferausgaben* entsprechen der Summe dieser vier Rubriken, also der Summe der obligatorischen Ausgaben.

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Entwicklung der obligatorischen Ausgaben nach Einkommenshöhe, zusammengelegte Stichproben 1998 bis 2006–2009, Erwerbshaushalte G 2.2.3



Quelle: Haushaltsbudgeterhebung

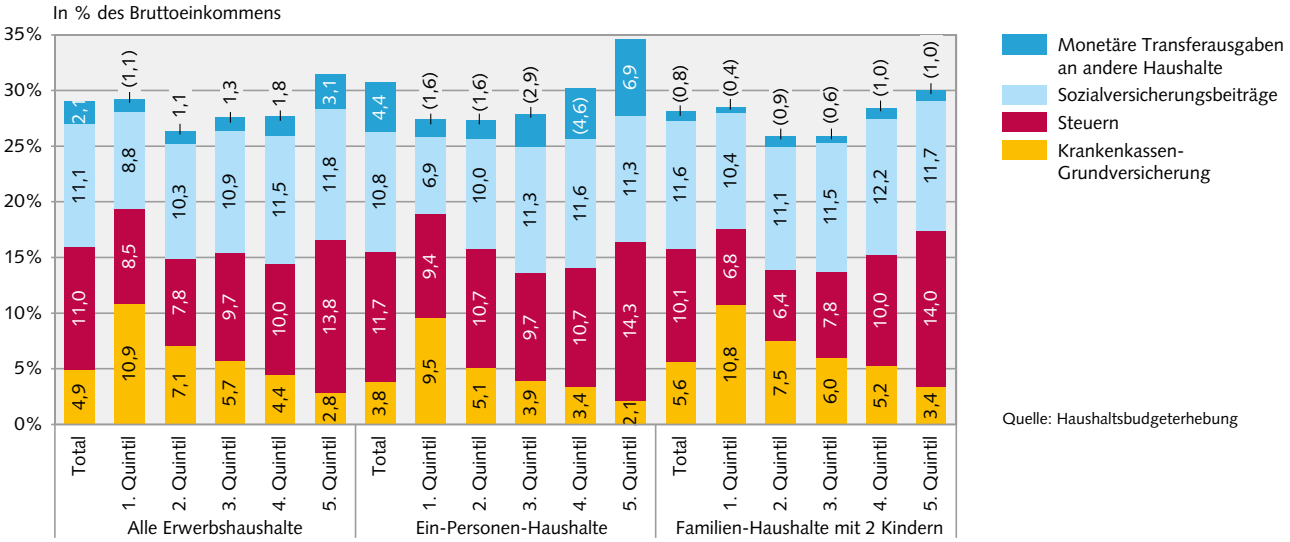
(In Klammern): Wert mit starker Streuung: Variationskoeffizient > 10%.

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Die Struktur der obligatorischen Ausgaben der verschiedenen Haushaltstypen ist sehr ähnlich. Nach Einkommen differenziert zeigt sich in fast allen Haushaltstypen eine relativ grössere Belastung der untersten und obersten Einkommensquintile (etwa ein Drittel des Bruttoeinkommens) im Vergleich zu den mittleren Einkommensfünfteln.[14] Nur bei Ein-Personen-Haushalten werden die untersten beiden Einkommensquintile leicht weniger belastet als die höheren Einkommensklassen.

[14] Zu den Familienhaushalten mit 3 Kindern sind auf Grund der starken Streuung (Variationskoeffizienten > 10%, vgl. Glossar) allerdings keine zuverlässigen Aussagen möglich.

Zusammensetzung der obligatorischen Ausgaben nach Haushaltstyp und Einkommensquintil, zusammengelegte Stichproben 2006–2009, Erwerbshaushalte **G 2.2.4**



Quelle: Haushaltsbudgeterhebung

(In Klammern): Wert mit starker Streuung: Variationskoeffizient > 10%.

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Die durch die progressive Ausgestaltung des Steuersystems überproportional steigende Steuerbelastung bei steigendem Einkommen fällt bei Familien etwas deutlicher aus als bei Ein-Personen-Haushalten, während bei Letzteren die Ausgaben durch Sozialversicherungsbeiträge mit zunehmendem Einkommen vergleichsweise stärker ins Gewicht fallen (vgl. Grafik 2.2.4). Erwartungsgemäss zahlen (vor allem die einkommensstärksten) Ein-Personen-Haushalte auch verhältnismässig mehr Transfergelder an andere Haushalte.

Die Zunahme der obligatorischen Ausgaben zwischen 1998 und 2006–2009 zeigt sich in allen Haushaltstypen gleichermassen.

Entwicklung und Struktur der Konsumausgaben

2006–2009 belaufen sich die gesamten Konsumausgaben eines Erwerbshaushalts im Mittel auf 5767 Franken pro Monat (Grafik 2.2.6). Unter Berücksichtigung der Teuerung hat sich das Konsumniveau im Zeitraum zwischen 1998 und 2006–2009 kaum verändert. Die Unterschiede zwischen den Einkommensquintilen sind allerdings beträchtlich.

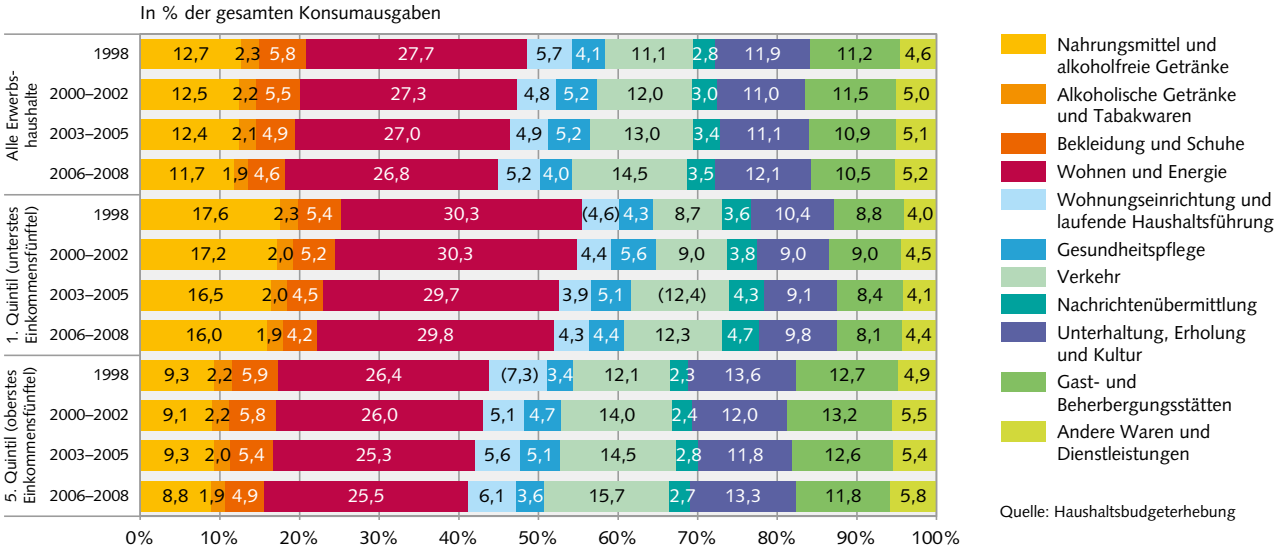
2006–2009 sind die Konsumausgaben des obersten Einkommensfünftels mit 7760 Franken pro Monat fast doppelt so hoch wie diejenigen des untersten Einkommensfünftels (4019 Franken). Gleichzeitig nimmt der Anteil der Konsumausgaben am Bruttoeinkommen mit zunehmendem Einkommen deutlich ab: von 79,7% (unterstes Einkommensquintil) auf 47,6%.

Wie aus der Struktur der Konsumausgaben[15] (Grafik 2.2.5) ersichtlich, stellen 2006–2009 die Ausgaben für Wohnen und Energie mit 26,8% der gesamten Konsumausgaben den wichtigsten Posten im Budget der Erwerbshaushalte dar, gefolgt von den Ausgaben für Verkehr (14,5% der Konsumausgaben). Weitere wichtige Posten waren die Ausgaben für Unterhaltung, Erholung und Kultur mit 12,1% sowie die Ausgaben für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (11,7%) und für Gast- und Beherbergungsstätten (10,5%).

Die Struktur der Konsumausgaben variiert stark mit dem Einkommensniveau. In finanziell weniger gut gestellten Erwerbshaushalten belasten die Ausgaben zur Deckung der materiellen Grundbedürfnisse das Budget überproportional: Nahrungsmittel- und Wohnkosten (ohne Wohnungseinrichtung) machen 2006–2009 zusammen fast die Hälfte der gesamten Konsumausgaben aus (16,0% bzw. 29,8%). Im Gegensatz dazu gibt das wohlhabendste Fünftel durchschnittlich nur 8,8% seiner gesamten Konsumausgaben für Nahrungsmittel und 25,5% für das Wohnen aus (vgl. Grafik 2.2.5).

[15] Die Codierung der Ausgaben entspricht den Hauptgruppen der international gebräuchlichen COICOP-Klassifikation (Classification of Individual Consumption by Purpose); vgl.: http://unstats.un.org.

Zusammensetzung der Konsumausgaben nach Einkommenshöhe, zusammengelegte Stichproben 1998 bis 2006–2009, Erwerbshaushalte **G 2.2.5**



Quelle: Haushaltsbudgeterhebung

Wegen Rundungsdifferenzen können aufaddierte Werte leicht von 100% abweichen.
(In Klammern): Wert mit starker Streuung: Variationskoeffizient > 10%.

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Entsprechend grösser ist der Anteil, der für weitergehende Bedürfnisse wie auswärtige Verpflegung und Übernachtung oder Unterhaltung, Erholung und Kultur übrigbleibt.

Grafik 2.2.5 zeigt die Zusammensetzung der Budgets zwischen 1998 und 2006–2009 für das oberste und unterste Einkommensfünftel. Die prozentuale Zusammensetzung der Konsumausgaben hat in diesem Zeitraum leichte Veränderungen erfahren. Gesamthaft gesehen geben Erwerbshaushalte anteilmässig etwas weniger für Bekleidung, Nahrungsmittel und Wohnen und etwas mehr für Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie, ab 2000–2002, für Unterhaltung, Erholung und Kultur aus. Es lässt sich also tendenziell eine Verlagerung von den grundlegenden Bedürfnissen zu weitergehenden Bedürfnissen wie Mobilität und Freizeit feststellen. Dieser Trend ist sowohl im wohlhabendsten wie im einkommensschwächsten Fünftel der Erwerbshaushalte zu beobachten.

Die Zusammensetzung des Konsums variiert mit der Haushaltsgrösse und -zusammensetzung. Erwartungsgemäss geben unter den Erwerbshaushalten Familien anteilmässig mehr für Nahrungsmittel und Bekleidung aus als Alleinlebende, die ihrerseits prozentual mehr Geld für Wohnen und Energie aufwenden als Paar- und Familienhaushalte. Auch das Budget für Gast- und Beherbergungsstätten ist in Erwerbshaushalten ohne Kinder vergleichsweise höher.

Im Zeitverlauf hat sich die Höhe der gesamten Konsumausgaben auch auf Stufe der einzelnen Haushaltstypen meist nicht deutlich verändert – unter den Erwerbshaushalten weisen einzig Familien mit ein oder zwei Kindern einen überdurchschnittlichen Zuwachs ihrer Konsumausgaben zwischen 1998 und 2006–2009 auf (von 6,1% bzw. 8,6%).

Die tendenzielle Verlagerung von den grundlegenden Bedürfnissen wie Essen und Wohnen zu weitergehenden Bedürfnissen wie Mobilität und Freizeit findet sich im Beobachtungszeitraum auch in den einzelnen Haushaltstypen wieder. Eine Ausnahme bilden die Ein-Personen-Haushalte: Sowohl die Ausgaben für Nahrungsmittel, Wohnen und Energie wie jene für weitergehende Bedürfnisse erfuhren hier seit 1998 einen leichten Zuwachs. Der Anteil der Wohnkosten am gesamten Konsumbudget ist bei Ein-Personen-Haushalten im gesamten Beobachtungszeitraum überdurchschnittlich hoch.

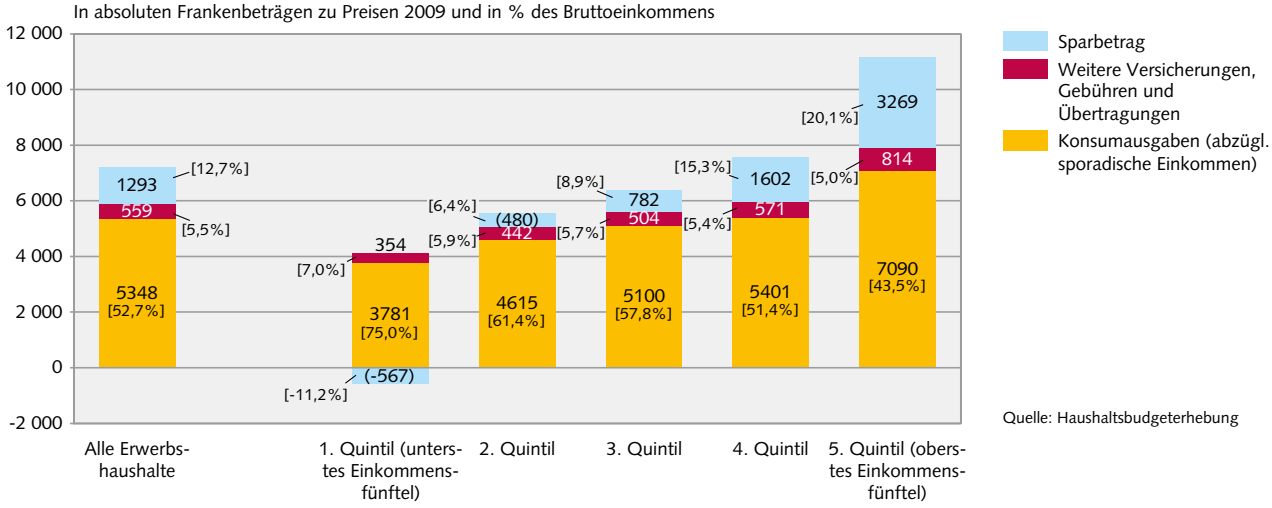
Was bleibt übrig?

Haben alle Einkommensgruppen noch die Möglichkeit, Ersparnisse zu bilden? Gesamthaft gesehen bleiben den Erwerbshaushalten nach Abzug aller Ausgaben noch 12,7% ihres Bruttoeinkommens übrig. Je höher das Einkommen ist, desto grösser ist der Anteil dieses Sparbetrags[16]: Die einkommensstärksten Erwerbshaushalte können durchschnittlich ein Fünftel ihres Bruttoeinkommens sparen. Beim einkommensschwächsten Fünftel hingegen übersteigen die Gesamtausgaben die Summe der Einnahmen deutlich: Die durchschnittlichen Sparbeträge weisen hier negative Werte auf (vgl. auch Grafik 2.2.6). Dabei kann es sich um Lebensphasen oder Situationen handeln, in denen vorher Angespartes ausgegeben wird. Längerfristige Schuldensituationen können aber ebenfalls darunter zu finden sein.

Erwartungsgemäss variieren die Sparmöglichkeiten auch stark mit der Haushaltszusammensetzung. So können Paarhaushalte ohne Kinder mit fast einem Sechstel ihres Bruttoeinkommens überdurchschnittlich viel Geld auf die Seite legen. Dies lässt sich dadurch erklären, dass es sich oft um Doppelverdiener handelt, die zudem nicht für weitere Haushaltsmitglieder bzw. Kinder aufkommen müssen. Bei den untersuchten Familienhaushalten sowie bei den Ein-Personen-Haushalten liegen die Sparbeträge dagegen jeweils leicht unter jenen der gesamten Erwerbshaushalte (rund ein Zehntel ihres Bruttoeinkommens).

Insgesamt betrachtet hat die Entwicklung des Sparbetrags im Beobachtungszeitraum keine grösseren Veränderungen erfahren: Seit der Jahrtausendwende ist bei den Erwerbshaushalten tendenziell ein leichter Rückgang des Sparbetrags zu verzeichnen, der vor allem im untersten Einkommensquintil deutlich ausfällt. Zu detaillierteren Auswertungen sind auf Grund der starken Streuung[17] des Sparbetrags keine statistisch gesicherten Aussagen möglich.

Verfügbares Einkommen, Konsumausgaben und Sparbetrag pro Monat nach Einkommenshöhe, zusammengelegte Stichproben 2006–2009, Erwerbshaushalte **G 2.2.6**



Quelle: Haushaltsbudgeterhebung

(In Klammern): Wert mit starker Streuung: Variationskoeffizient > 10%.
«Weitere Versicherungen, Gebühren und Übertragungen»: Prämien für Krankenkassen-Zusatzversicherungen, übrige Versicherungsbeiträge, Gebühren, Spenden, gemachte Geschenke und Einladungen (ohne Wohnkosten, die bereits in den Konsumausgaben enthalten sind).

© Bundesamt für Statistik (BFS)

[16] Der Sparbetrag wird indirekt berechnet, indem alle Einkommen (im vorliegenden Fall das Bruttoeinkommen) eines Haushalts zusammengezählt werden und davon alle Ausgaben (obligatorische Ausgaben, Konsumausgaben und übrige Prämien, Gebühren und Übertragungen) abgezogen werden. Spareinlagen, Einzahlungen in die 3. Säule, Wertschriftenkäufe, Investitionen, Amortisationen u.ä. werden nicht als Ausgaben betrachtet und sind somit im Sparbetrag enthalten. Um die Lesbarkeit der Grafik nicht zu erschweren, werden hier die sporadischen Einkommen (wie z.B. erhaltene Geschenke, Verkäufe und Rückerstattungen) bei den Konsumausgaben abgezogen.

[17] Variationskoeffizienten > 10%, vgl. Glossar.

3 Einkommensverteilung und -ungleichheit

Die in Kapitel 2 beschriebene Zusammensetzung des Einkommens und Entwicklung zentraler Einkommenskomponenten liefern den Hintergrund für die folgende Analyse der Einkommensverteilung und -ungleichheit. Das Ausmass der Umverteilung kann dabei allgemein über die Veränderung der Einkommensungleichheit vor und nach staatlichen Transfers untersucht werden.[18]

Für die folgenden Analysen wird das Primäreinkommen[19] als Einkommen vor staatlichen Transfers, das verfügbare Einkommen als Einkommen nach Transfers betrachtet. Daneben wird mit dem Bruttoeinkommen eine Zwischenstufe in diesem Umverteilungsprozess dargestellt, in der mit den Sozialleistungen einnahmeseitig bereits ein Teil der staatlichen Transfers berücksichtigt ist.[20] Es entspricht dem höchsten Betrag, der einem Haushalt monatlich theoretisch zufliesst.

Im Gegensatz zur Darstellung der Einkommen und Ausgaben der Haushalte (Kapitel 2) erfolgt die Untersuchung der Einkommensverteilung und -ungleichheit personenbezogen und auf Basis eines bedarfsgewichteten Einkommens (Äquivalenzeinkommen, vgl. Glossar). Diese Gewichtung ermöglicht den Vergleich des Lebensstandards von Haushalten unterschiedlicher Grösse und Zusammensetzung.

Die Untersuchung stützt sich auf die Einzeljahre 1998 bis 2009.[21]

Die Analyse der Einkommensverteilung unterscheidet auch zwischen Personen in Erwerbs- und Rentnerhaushalten. Insbesondere für Rentner kann das Einkommen wie in Kapitel 2.1 erwähnt nur eingeschränkt als Indikator für ihre Position in der Einkommens- bzw. Wohlstandsverteilung verwendet werden, zumal davon auszugehen ist, dass dem Vermögen für ihre finanzielle Situation eine wesentliche Bedeutung zukommt. Der Vergleich von Personen in Erwerbs- und Rentnerhaushalten richtet sich daher weniger auf den Lebensstandard, der aus dem Einkommen resultiert, als vielmehr auf Unterschiede der beiden Gruppen im Prozess staatlicher Umverteilung.

In den folgenden Ausführungen werden grafische Darstellungen und zusammenfassende Masse zur Beschreibung der Einkommensverteilung und -ungleichheit verwendet. Anhand der Häufigkeitsverteilung der verfügbaren Einkommen (Grafik 3.1) werden zunächst hierfür wesentliche Konzepte veranschaulicht.

Die Bevölkerung kann ausgehend von den nach Grösse geordneten Einkommen mit Quantilen (vgl. Glossar → Quantil) in gleich grosse Gruppen eingeteilt werden. In Grafik 3.1 sind jeweils die Grenzwerte (in Franken) der oberen und unteren Dezile (Einteilung in zehn Gruppen) und Quintile (Einteilung in fünf Gruppen) dargestellt. Mit dem Medianwert wird die Verteilung in zwei Hälften geteilt. Ein weiteres Mass zur Beschreibung der Einkommensverteilung ist das arithmetische Mittel der Einkommenswerte.

Die Rechtsschiefe ist charakteristisch für Einkommensverteilungen und ergibt sich aus dem Umstand, dass einerseits die Konzentration der Einkommen im unteren Bereich der Verteilung hoch ist und andererseits nur ein kleiner Teil der Bevölkerung über Einkommen verfügt, die weit über diesen häufigsten Einkommen liegen. Bei symmetrischen Verteilungen stimmen Mittelwert und Median überein. Der Mittelwert von Einkommensverteilungen ist in der Regel grösser als der Medianwert, da er in Richtung des längeren Endes der Verteilung, also von den oberen Einkommen, beeinflusst wird. Je grösser der Abstand zwischen Mittelwert und Median ist, desto schiefer ist die Verteilung.

---

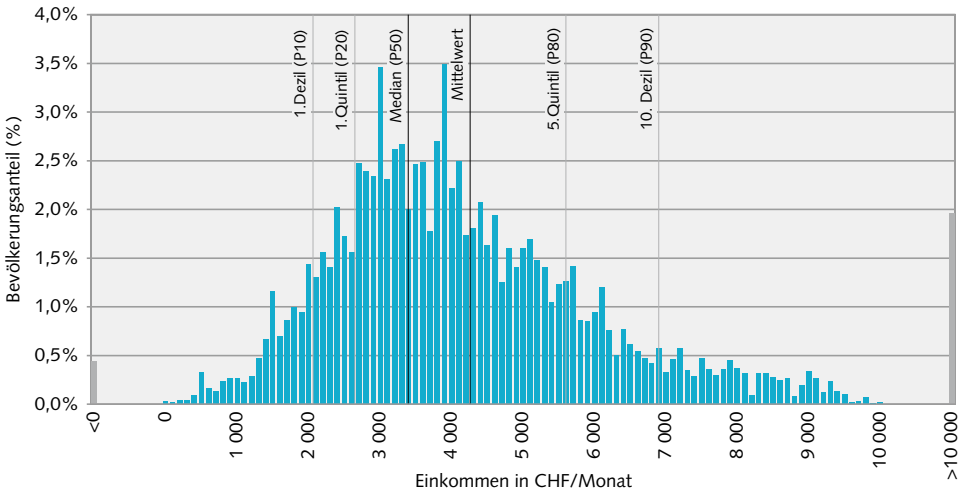
[18] Die Untersuchung richtet sich auf das Ergebnis staatlicher Umverteilung. Der Prozess wird dabei nicht bewertet. Für eine umfassende Erläuterung der hier verwendeten Definitionen und Konzepte im Zusammenhang mit der Analyse der Einkommensverteilung und -ungleichheit vergleiche Bundesamt für Statistik (2012).

[19] Entsprechend der Definition in der Haushaltsbudgeterhebung setzt sich das Primäreinkommen zusammen aus Einkommen aus Erwerbstätigkeit und aus Vermietung und Vermögen (vgl. Glossar → Primäreinkommen).

[20] Zu den Einkommensstufen Primär-, Brutto-, und verfügbares Einkommen vgl. Anhang B und Glossar.

[21] Da nicht nach einzelnen Einkommenskomponenten unterschieden wird, kann in diesem Teil der Untersuchung auf ein Zusammenlegen der Daten aus verschiedenen Jahren verzichtet werden.

Verteilung der verfügbaren Äquivalenzeinkommen 2009, Gesamtbevölkerung **G 3.1**



Quelle: Haushaltsbudgeterhebung

© Bundesamt für Statistik (BFS)

3.1 Verteilung von Primär-, Brutto- und verfügbarem Einkommen

Primär-, Brutto- und verfügbares Einkommen beschreiben verschiedene Einkommensstufen im Prozess der staatlichen Umverteilung. Um den Vergleich dieser Einkommen zu vereinfachen, wird die Häufigkeitsverteilung (Grafik 3.1) mit der Dichtefunktion als normierte geglättete Kurve dargestellt.[22] Die Grafiken 3.1.1, 3.1.2 und 3.1.3 geben dabei jeweils für die Gesamtbevölkerung sowie für Personen in Erwerbs- und Rentnerhaushalten einen Überblick über Lage, Form und Verlauf der Einkommensverteilung auf den drei Stufen.

Die für Einkommensverteilungen charakteristische Rechtsschiefe ist bei allen drei Einkommensstufen deutlich erkennbar. Die Unterschiede in Lage, Form und Verlauf der Einkommensverteilung ergeben sich aus der Zusammensetzung der Einkommensstufen mit unterschiedlichen Komponenten:

Das Primäreinkommen als Summe aus Erwerbseinkommen und Einkommen aus Vermietung und Vermögen kann Werte von Null aufweisen. Dies ist insbesondere bei Rentnern der Fall, die häufig kein Erwerbseinkommen mehr erzielen. Entsprechend tief ist folglich ihr Primäreinkommen (Grafik 3.1.3). Auch in der Betrachtung aller Haushalte wird die Verteilung der Primäreinkommen im unteren Bereich geprägt durch die Einkommen von Personen in Rentnerhaushalten (Grafik 3.1.1) und weist ein tieferes Niveau auf als bei Personen in Erwerbshaushalten (Grafik 3.1.2).

Naturgemäss grösser als Null ist das Bruttoeinkommen, zu dem nun auch die Transferleistungen gerechnet werden. Für Rentner stellen Transfereinkommen einen wesentlichen Bestandteil des Einkommens dar.[23] Entsprechend liegt die Kurve für das Bruttoeinkommen hier weiter rechts in der Einkommensverteilung mit einer deutlich höheren Dichte als beim Primäreinkommen.

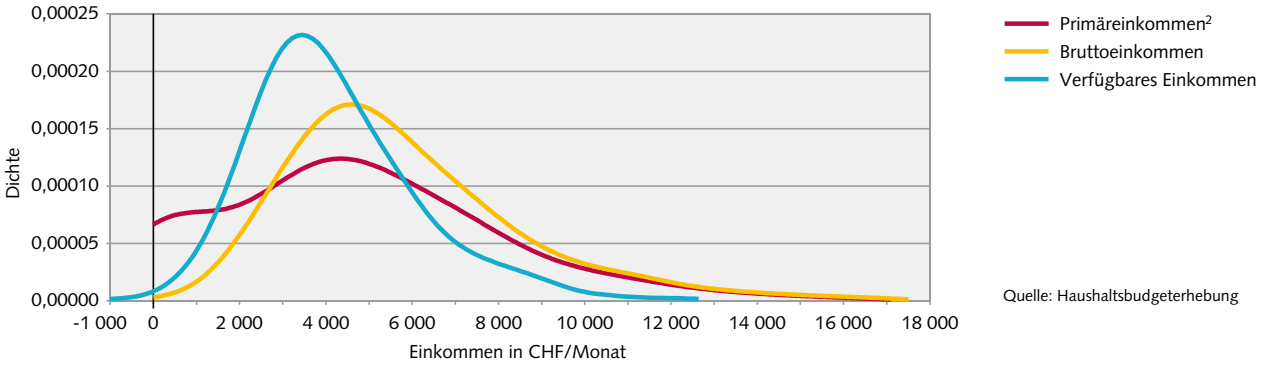
Nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen schliesslich ergibt sich das im staatlichen Umverteilungsprozess niedrigste Einkommen. Das verfügbare Einkommen liegt daher für alle betrachteten Gruppen am weitesten links und weist die höchste Dichte auf.[24] Besonders ausgeprägt sind diese Unterschiede bei Personen in Rentnerhaushalten. Die Kurve verläuft hier deutlich steiler als bei Personen in Erwerbshaushalten und auch die Rechtsschiefe der Verteilung der verfügbaren Einkommen ist hier am stärksten ausgeprägt.

[22] Die Fläche unter der Kurve beträgt 1. Der Median teilt diese Fläche in zwei Hälften. Für weitere Ausführungen vergleiche z.B. Jenkins und van Kerm (2009).

[23] Dabei handelt es sich in erster Linie um Leistungen aus der AHV und der beruflichen Vorsorge.

[24] Die niedrigsten Einkommen liegen im negativen Einkommensbereich. Beim verfügbaren Einkommen kann es in Einzelfällen durchaus vorkommen, dass der resultierende Betrag nach Abzug der obligatorischen Ausgaben negativ ist. Dies hängt einerseits mit unterschiedlich gewählten Referenzzeiträumen bei der Erhebung der Einkommen und der Ausgaben zusammen und andererseits entspricht dies auch Lebenssituationen von einzelnen Haushalten, die zum Zeitpunkt der Erhebung vom Vermögensverzehr leben.

Geglättete Verteilung der Primär-, Brutto- und verfügbaren Äquivalenzeinkommen 2009 (Dichtefunktion), Gesamtbevölkerung[1] G 3.1.1

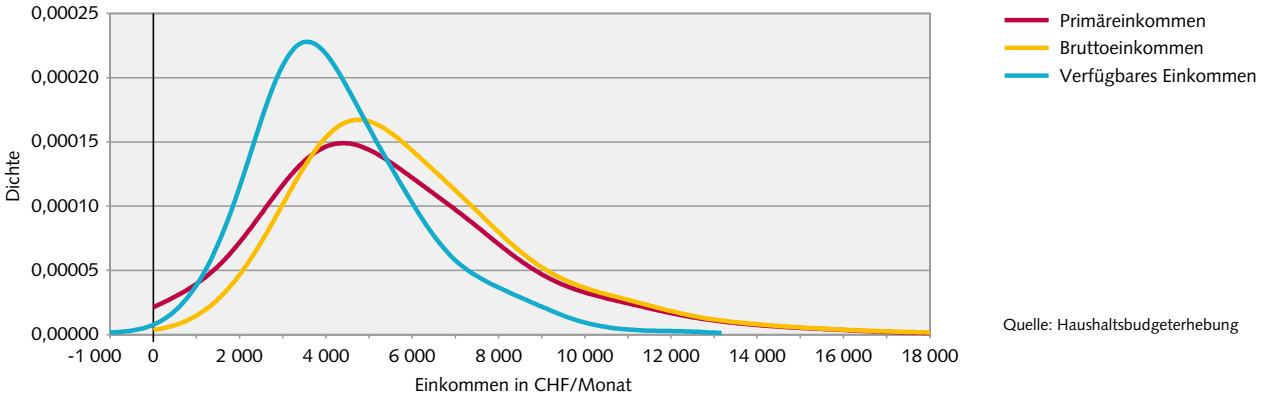


Quelle: Haushaltsbudgeterhebung

[1] Zu Darstellungszwecken wurden die 1% höchsten Einkommen der jeweiligen Einkommensstufe bei der Berechnung der Dichtefunktion ausgeschlossen.
[2] Die empirische Verteilung der Primäreinkommen im unteren Einkommensbereich (<200 CHF) wird mit der Glättung stark vereinfacht (vgl. Grafik G1.1 im Anhang).

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Geglättete Verteilung der Primär-, Brutto- und verfügbaren Äquivalenzeinkommen 2009 (Dichtefunktion), Personen in Erwerbshaushalten[1] G 3.1.2

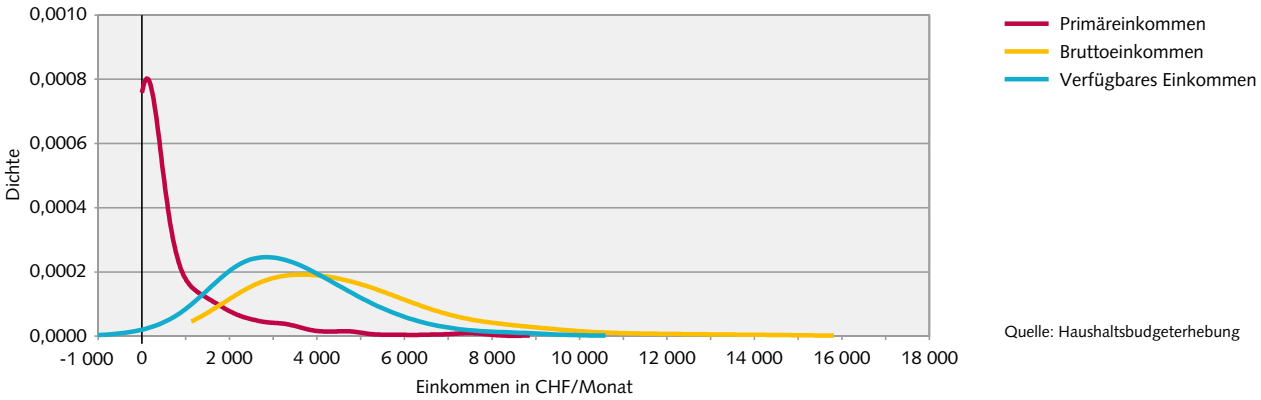


Quelle: Haushaltsbudgeterhebung

[1] Zu Darstellungszwecken wurden die 1% höchsten Einkommen der jeweiligen Einkommensstufe bei der Berechnung der Dichtefunktion ausgeschlossen.

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Geglättete Verteilung der Primär-, Brutto- und verfügbaren Äquivalenzeinkommen 2009 (Dichtefunktion), Personen in Rentnerhaushalten[1] G 3.1.3



Quelle: Haushaltsbudgeterhebung

[1] Zu Darstellungszwecken wurden die 1% höchsten Einkommen der jeweiligen Einkommensstufe bei der Berechnung der Dichtefunktion ausgeschlossen.

© Bundesamt für Statistik (BFS)

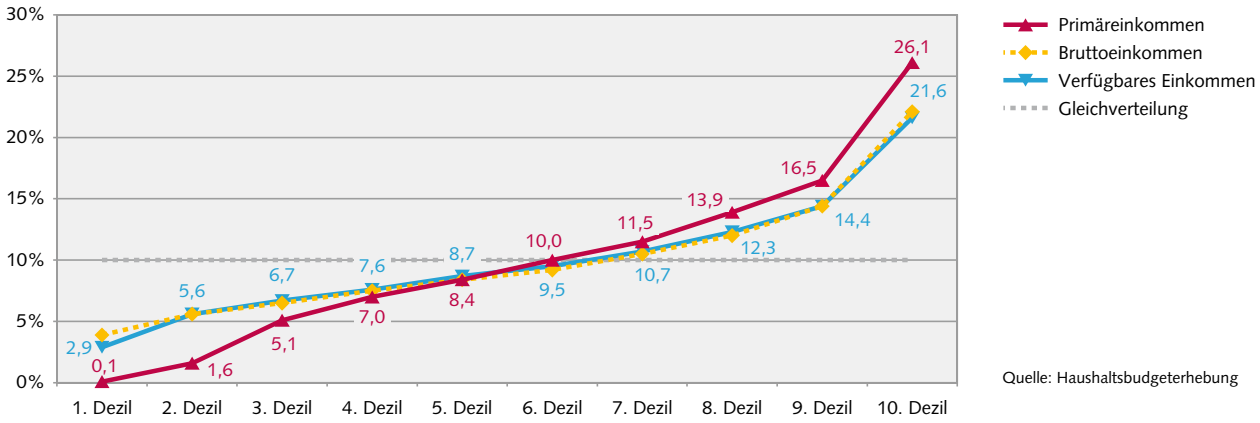
Um in einem nächsten Schritt genauere Anhaltspunkte darüber zu erhalten, wie sich die Einkommen über das Einkommensspektrum hinweg verteilen, wird in Grafik 3.1.4 bis 3.1.6 der Einkommensanteil der Dezilgruppen am gesamten Einkommen dargestellt. Bei einer vollkommen gleichmässigen Verteilung der Einkommen würde sich für jedes Dezil ein Anteil von 10% am gesamten Einkommen ergeben.

Im Vergleich zu den Dichtefunktionen sind mit den Dezilanteilen nun Unterschiede an den Rändern der Verteilung deutlicher erkennbar: Das unterste und oberste Dezil setzen sich bei allen Einkommensstufen mit einem deutlichen Knick von den übrigen Einkommensgruppen ab. Vom 2. bis zum 9. Dezil steigen die Anteile dagegen stetig an. Die Ungleichheit zwischen benachbarten Einkommensgruppen (gemessen an der Differenz zwischen den Einkommensanteilen) ist somit bis zum obersten Dezil ähnlich.

In der Gesamtbetrachtung aller Haushalte (Grafik 3.1.4) ist wiederum die grössere Ungleichheit des Primäreinkommens erkennbar, hier in einem steileren Anstieg in den mittleren Einkommensgruppen im Vergleich zu Brutto- und verfügbarem Einkommen. Für die Untergruppe der Personen in Erwerbshaushalten verlaufen die Dezilanteile der drei Einkommensstufen dagegen weitgehend ähnlich.

In der Gesamtbevölkerung verfügen 2009 die einkommensstärksten 10% über 26,1% des gesamten Primäreinkommens (Personen in Erwerbshaushalten: 23,3%), die einkommensschwächsten 10% über 0,1%

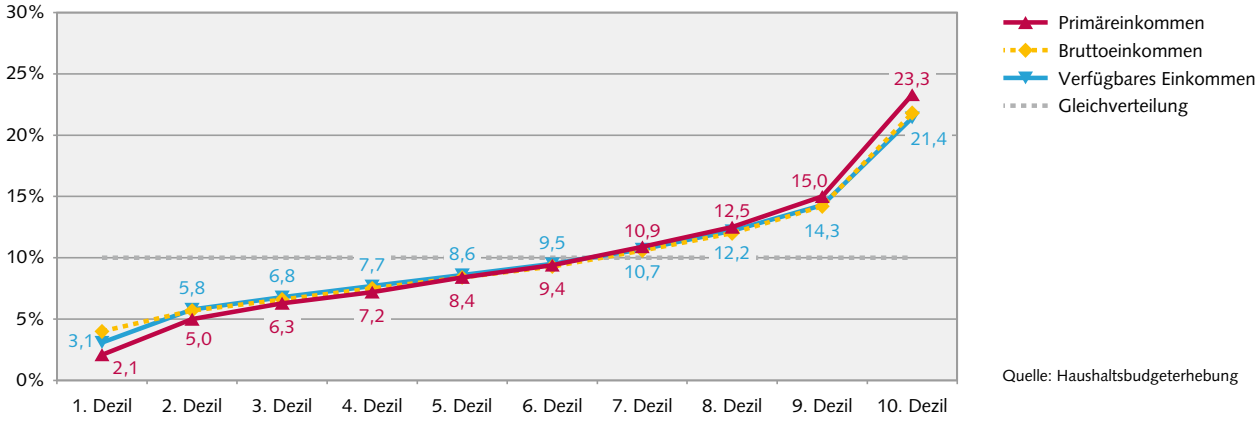
Dezilanteile des gesamten Äquivalenzeinkommens 2009 in Prozent, Gesamtbevölkerung **G 3.1.4**



Quelle: Haushaltsbudgeterhebung

© Bundesamt für Statistik (BFS)

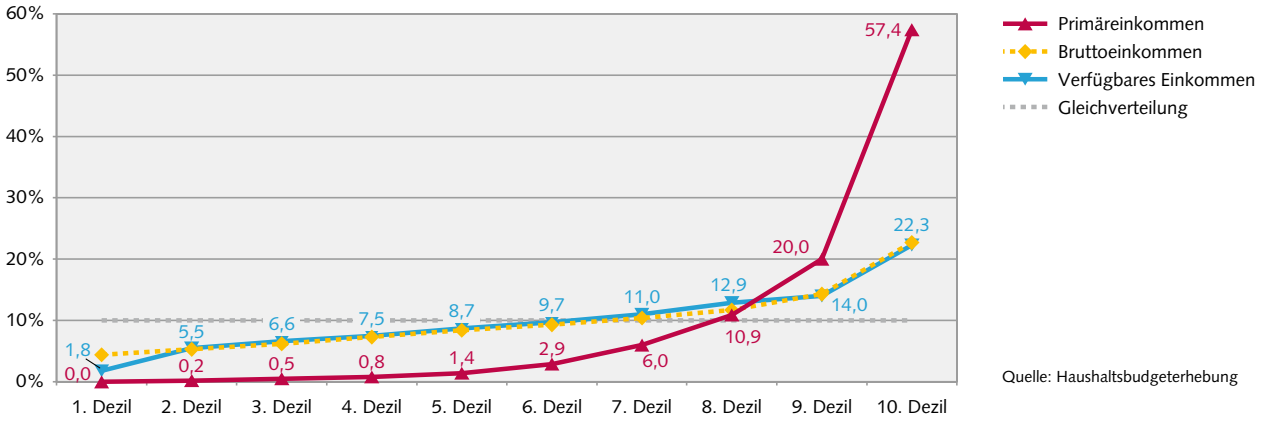
Dezilanteile des gesamten Äquivalenzeinkommens 2009 in Prozent, Personen in Erwerbshaushalten **G 3.1.5**



Quelle: Haushaltsbudgeterhebung

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Dezilanteile des gesamten Äquivalenzeinkommens 2009 in Prozent, Personen in Rentnerhaushalten **G 3.1.6**



Quelle: Haushaltsbudgeterhebung

© Bundesamt für Statistik (BFS)

(Personen in Erwerbshaushalten: 2,1%). Erfolgt die Gruppierung auf Basis des verfügbaren Einkommens, so beträgt der Anteil des untersten Einkommensdezils 2,9% (Personen in Erwerbshaushalten: 3,1%), auf das oberste Dezil entfallen 21,6% des verfügbaren Einkommens (Personen in Erwerbshaushalten: 21,4%). Das Einkommen nach staatlichen Transfers zeigt also eine deutlich gleichmässigere Verteilung der Einkommen über die Einkommensdezile (vgl. auch Tabelle 3 im Anhang). Zudem sind hier die Unterschiede zwischen Gesamtbevölkerung und Personen in Erwerbshaushalten geringer.

3.2 Entwicklung der Einkommen 1998–2009

Die Verteilung der drei Einkommensstufen (Primär-, Brutto- und verfügbares Einkommen) wird in der weiteren Untersuchung für die Jahre 1998 bis 2009 betrachtet. Anhand des arithmetischen Mittels und des Medianwertes wird in den Grafiken 3.2.1 und 3.2.2 dabei zunächst die Entwicklung der Einkommen in diesem Zeitraum dargestellt.

Gemessen am arithmetischen Mittel sind die preisbereinigten Einkommen der Personen in privaten Haushalten vor staatlichen Transfers seit Ende der 90er Jahre um 8%, die Bruttoeinkommen um etwa 9% gestiegen. Die verfügbaren Einkommen nahmen um rund 6% zu. Dabei verlief die Zunahme jedoch nicht kontinuierlich. Die Entwicklung der Einkommen variiert zwischen den Jahren und lässt nur im Vergleich einzelner Jahre eine deutliche Zunahme erkennen. In allen drei Einkommensstufen geht der Anstieg hauptsächlich auf die letzten Jahre zurück: Seit 2006 ist ein leichter Aufwärtstrend in den durchschnittlichen Einkommen erkennbar, der sich jedoch als solcher mit den Werten der Folgejahre noch bestätigen müsste.[25] Mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung wirkt hier vermutlich die gute konjunkturelle Entwicklung in den Jahren 2006 bis 2008 nach.

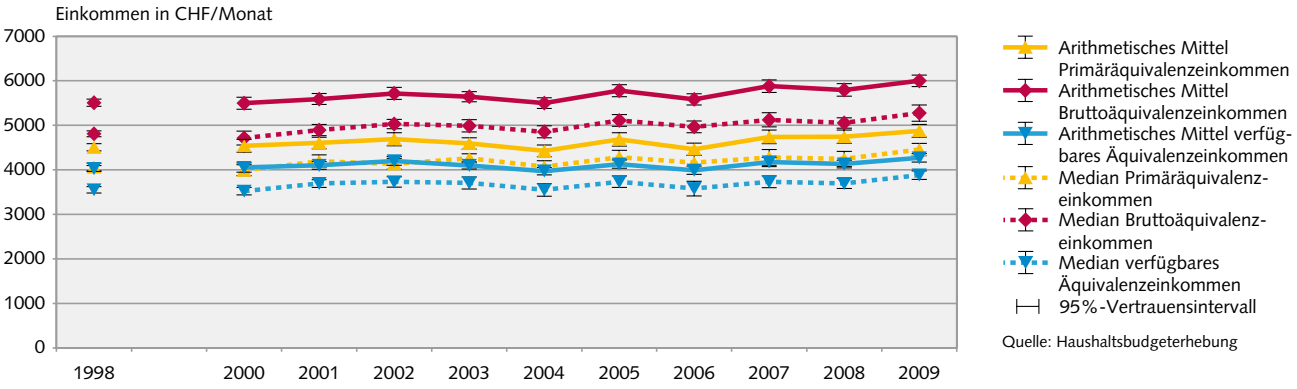
Für Personen in Erwerbshaushalten zeigt sich eine ähnliche Entwicklung der realen Einkommen, jedoch auf höherem Niveau. Die Zunahme zwischen 1998 und 2009 beträgt bei Primär- und Bruttoeinkommen rund 11%, beim verfügbaren Einkommen rund 8% (Grafik 3.2.2). Bei Personen in Rentnerhaushalten blieben die durchschnittlichen Einkommen nach einem Rückgang zwischen 1998 und 2000 weitgehend konstant (vgl. Grafik 3.2.3).

Als Indikator für ein «typisches» Einkommen, insbesondere wenn mehrere Jahre verglichen werden, weist der Median im Vergleich zum arithmetischen Mittel den Vorteil auf, dass er robuster ist gegenüber den Extremwerten der Einkommensverteilung (vgl. Canberra Group 2011). Aufschlussreich ist dabei auch der Vergleich von Einkommensmittel- und -medianwerten: Bei der üblicherweise rechtsschiefen Einkommensverteilung liesse ein über den Beobachtungszeitraum zunehmender (abnehmender) Unterschied zwischen Mittelwert und Median darauf schliessen, dass die Einkommen der oberen Hälfte der Bevölkerung schneller (langsamer) gewachsen sind als die der unteren Hälfte.

[25] Die nominalen Einkommen zeigen einen deutlichen Aufwärtstrend in den Jahren 1998 bis 2009. Für die Untersuchung der Einkommensungleichheit aus der Wohlfahrtsperspektive geeigneter sind jedoch die preisbereinigten Einkommen, die die Kaufkraft der privaten Haushalte abbilden. Bei Verwendung der preisbereinigten Einkommen richtet sich die Interpretation weniger auf die Höhe der absoluten Werte als vielmehr auf ihre Entwicklung im betrachteten Zeitraum.

Entwicklung der Primär-, Brutto- und verfügbaren Äquivalenzeinkommen 1998 bis 2009, Gesamtbevölkerung, absolute Beträge (Mittel- und Medianwerte) zu Preisen 2009[1]

G 3.2.1



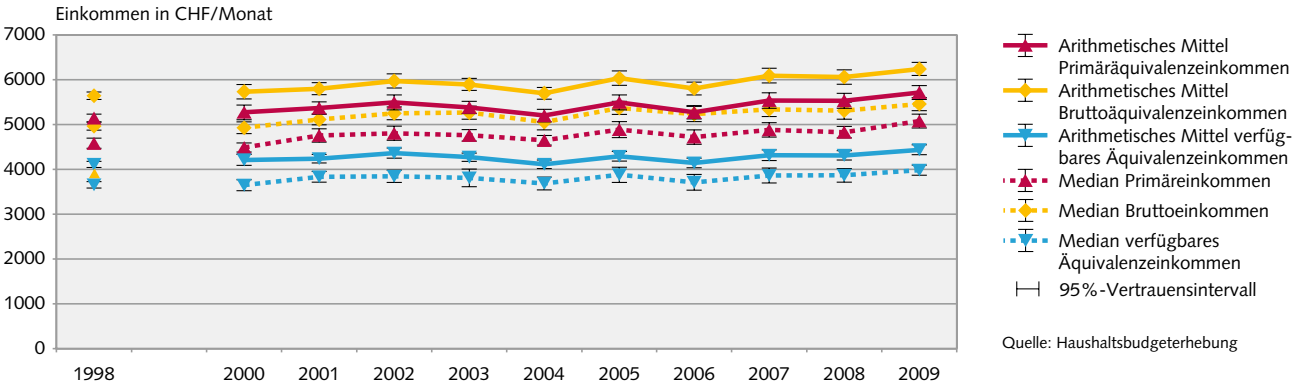
Quelle: Haushaltsbudgeterhebung

[1] Vgl. Glossar → Äquivalenzeinkommen.

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Entwicklung der Primär-, Brutto- und verfügbaren Äquivalenzeinkommen 1998 bis 2009, Personen in Erwerbshaushalten, absolute Beträge (Mittel- und Medianwerte) zu Preisen 2009[1]

G 3.2.2



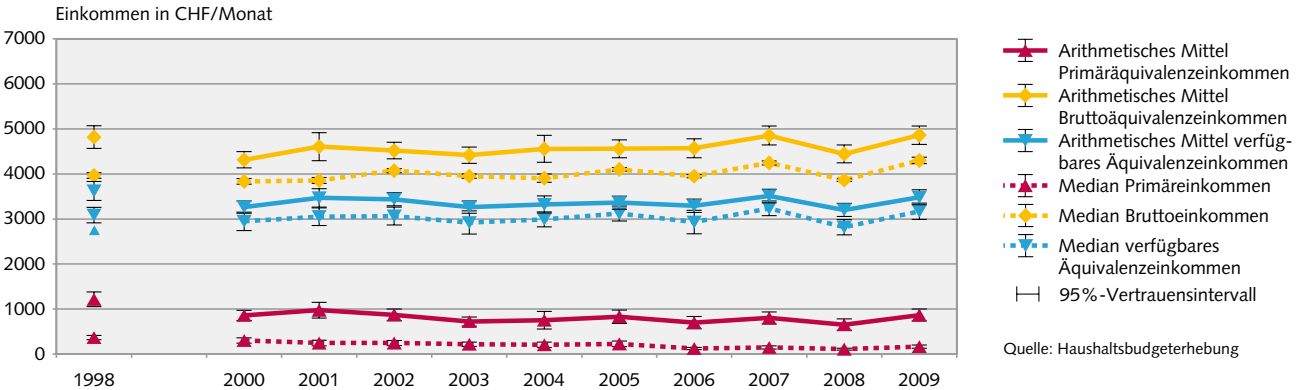
Quelle: Haushaltsbudgeterhebung

[1] Vgl. Glossar → Äquivalenzeinkommen.

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Entwicklung der Primär-, Brutto- und verfügbaren Äquivalenzeinkommen 1998 bis 2009, Personen in Rentnerhaushalten, absolute Beträge (Mittel- und Medianwerte) zu Preisen 2009[1]

G 3.2.3



Quelle: Haushaltsbudgeterhebung

[1] Vgl. Glossar → Äquivalenzeinkommen.

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Die Medianwerte des Einkommens zeigen für die Jahre 1998 bis 2009 eine zu den Mittelwerten weitgehend parallele Entwicklung (Grafik 3.2.1). Im betrachteten Zeitraum haben sich die Einkommen in der oberen Hälfte der Verteilung somit nicht wesentlich verändert. Nur beim verfügbaren Einkommen nimmt der Unterschied zwischen Median und Mittelwert seit 2000 ab.

Auch bei den Dezilanteilen, die für die Jahre 1998 bis 2009 ebenfalls wenig Veränderung zeigen, bildet das verfügbare Einkommen die Ausnahme: Der Anteil der einkommensstärksten 10% am gesamten verfügbaren Einkommen und damit auch ihr Beitrag zur gesamten Ungleichheit nahm in den Jahren von 1998 bis 2009 leicht ab (von 23,4% im Jahr 1998 auf 21,6% im Jahr 2009, vgl. Tabelle 2 im Anhang). Dies steht in Einklang mit den Ergebnissen aus dem Vergleich von Mittelwert und Median, die auf einen im Zeitverlauf geringer werdenden Beitrag der oberen Einkommen zur gesamten Einkommensungleichheit hindeuten.

Die Bruttoeinkommen zeigen ebenfalls eine leichte Abnahme des Anteils der obersten Dezilgruppe am gesamten Einkommen. Beim Primäreinkommen blieb die Besetzung der oberen Einkommensdezile nahezu konstant.

Die grafischen Darstellungen und Kennzahlen (Mittelwerte, Medianwerte und Dezilanteile) der Einkommensverteilung lieferten bereits erste Anhaltspunkte über die Einkommensungleichheit vor und nach staatlichen Transfers. Gemessen an den Einkommensmittelwerten entwickelten sich die Vor- und Nachtransfereinkommen weitgehend parallel und nahmen zwischen 1998 und 2009 leicht zu. Der Vergleich von Mittel- und Medianwerten deutet darauf hin, dass die Nachtransfereinkommen seit 2000 in der einkommensstärksten Hälfte der Bevölkerung langsamer gewachsen sind als die der einkommensschwächsten Hälfte. Die Entwicklung der Dezilanteile weist in die gleiche Richtung und zeigt einen geringer werdenden Beitrag der oberen Einkommen zur gesamten Einkommensungleichheit.

Im Folgenden wird die Entwicklung der Einkommensungleichheit anhand spezifischer Ungleichheitsmasse untersucht.

3.3 Einkommensungleichheit und staatliche Transfers

Allgemeine Befunde zur Einkommensungleichheit werden zunächst anhand der wohl gebräuchlichsten Ungleichheitsmasse, des Quintilverhältnisses S80/S20 und des Gini-Koeffizienten, beschrieben. Daran anschliessend erfolgt mit weiteren Ungleichheitsmassen eine umfassendere Darstellung, die auch auf die Entwicklung der Einkommensungleichheit eingeht.

3.3.1 Quintilverhältnis S80/S20 und Gini-Koeffizient

Das Quintilverhältnis S80/S20 (vgl. Kasten «Quintilverhältnis») knüpft an die vorhergehende Betrachtung der Dezilgruppen (Kapitel 3.1 und 3.2) an. Hier werden nun fünf Einkommensgruppen gebildet und die Einkommensmittelwerte der obersten und untersten Gruppe ins Verhältnis gesetzt. Der Unterschied zwischen den 20% höchsten und den 20% tiefsten Einkommen wird somit in einer Kennzahl zusammengefasst.

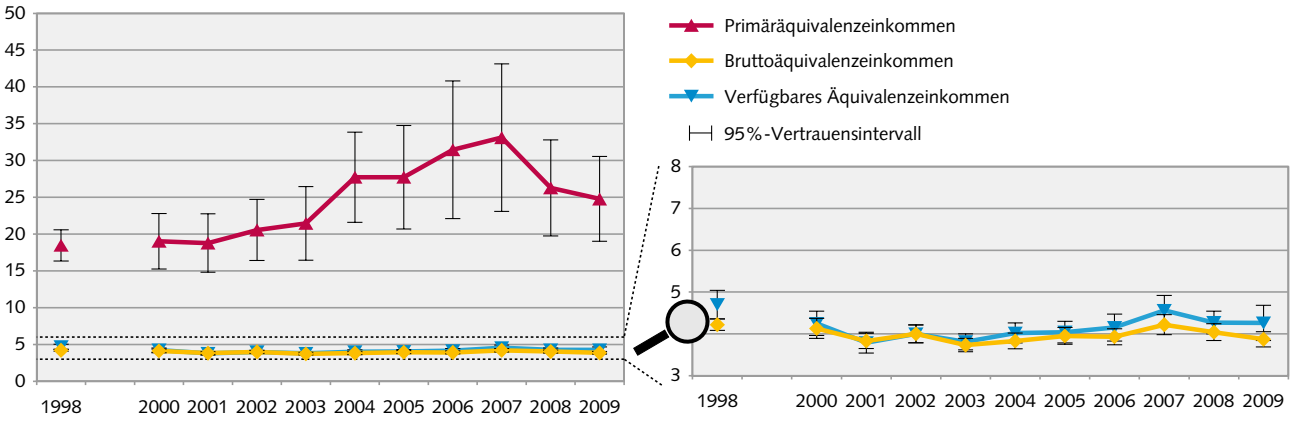
Quintilverhältnis

Mit Quantilverhältnis wird der Vergleich des Einkommens (Summen, Mittelwerte oder Grenzwerte) gleich grosser Einkommensgruppen beschrieben (vgl. Glossar → Quantil, Quantilverhältnisse). Am Weitesten verbreitet ist das **Quintilverhältnis S80/S20**, welches den Einkommensanteil der reichsten 20% der Bevölkerung mit jenem der ärmsten 20% vergleicht. Je stärker dieser Quotient von 1 abweicht, desto ungleicher sind die Einkommen zwischen diesen Bevölkerungsgruppen verteilt.

Die Quintilverhältnisse S80/S20 (Grafiken 3.3.1 und 3.3.2) zeigen, wie nach der Beschreibung der Einkommensverteilung in Kapitel 3.1 zu erwarten, eine im Vergleich zum verfügbaren Einkommen deutlich ungleichere Verteilung des Primäreinkommens in der Gesamtbevölkerung: Das Primäreinkommen der reichsten 20% der Bevölkerung ist zwischen 18,5- und 31,5-mal so hoch wie dasjenige der ärmsten 20%, das verfügbare Einkommen dagegen nur zwischen 3,8- und 4,7-mal so hoch. Bei Personen in Erwerbshaushalten fallen die Unterschiede zwischen den Einkommen vor und nach staatlichen Transfers deutlich geringer aus (vgl. Grafik 3.3.2).[26]

[26] Für Personen in Rentnerhaushalten lassen sich Unterschiede zwischen Vor- und Nachtransfereinkommen anhand des Quintilverhältnisses S80/S20 nicht auf sinnvolle Weise untersuchen. Da viele Rentnerhaushalte kein oder nur ein geringes Primäreinkommen aufweisen, fällt der Einkommensanteil der unteren 20% dieser Bevölkerungsgruppe im Verhältnis zu den oberen 20% ebenfalls gering aus. Für die Relation dieser beiden Anteile ergeben sich sehr hohe Werte.

Entwicklung der Quintilverhältnisse (S80/S20) 1998 bis 2009, Gesamtbevölkerung[1] G 3.3.1

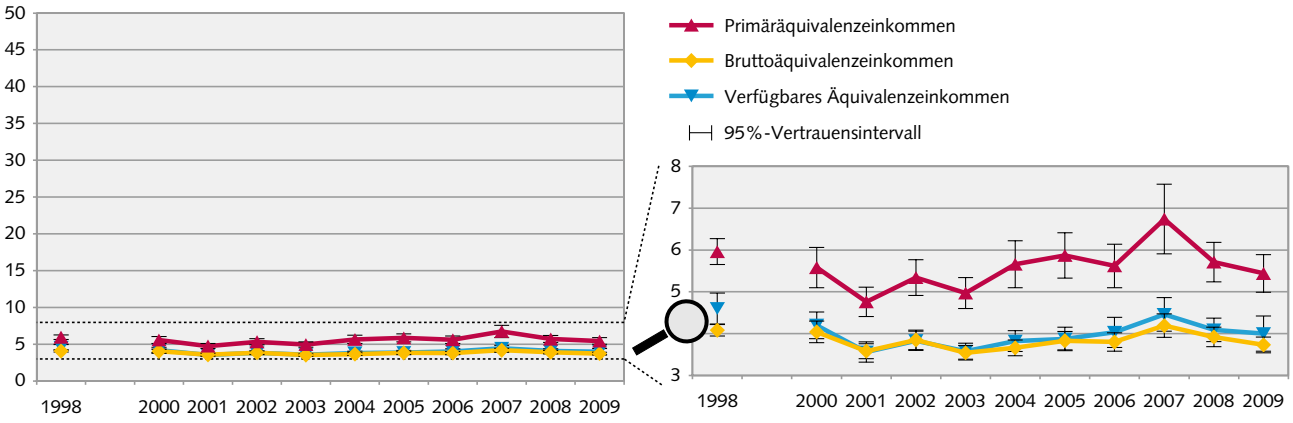


[1] Der Einkommensanteil der oberen und unteren 20% der Bevölkerung wird hier anhand der Mittelwerte und nicht der Summen verglichen; negative Einkommen wurden in den Berechnungen berücksichtigt.

Quelle: Haushaltsbudgeterhebung

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Entwicklung der Quintilverhältnisse (S80/S20) 1998 bis 2009, Personen in Erwerbshaushalten[1] G 3.3.2



[1] Der Einkommensanteil der oberen und unteren 20% der Bevölkerung wird hier anhand der Mittelwerte und nicht der Summen verglichen; negative Einkommen wurden in den Berechnungen berücksichtigt.

Quelle: Haushaltsbudgeterhebung

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Der Gini-Koeffizient basiert auf der Lorenzkurve, die die Bevölkerungsanteile mit den entsprechenden Einkommensanteilen in Beziehung setzt (vgl. Kasten «Lorenzkurve»). Grob liesse sich die Lorenzkurve also auch aus den kumulierten Dezilanteilen darstellen.

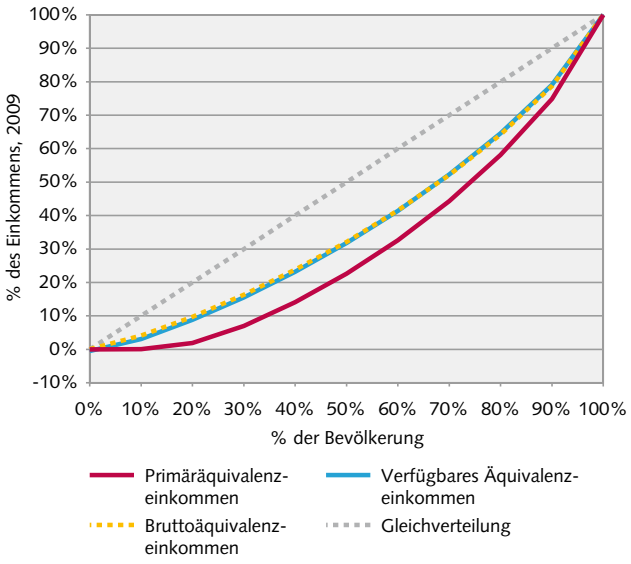
Lorenzkurve

Das Konzept der Lorenzkurve setzt die relativen kumulierten Häufigkeiten der Bevölkerung zu den nach Grösse geordneten, relativen kumulierten Häufigkeiten ihrer Einkommen in Beziehung. Damit können Aussagen darüber gemacht werden, welcher Anteil der Bevölkerung über welchen Anteil am Gesamteinkommen verfügt. Es gilt: Je ungleicher die Verteilung ist, desto weiter liegt die Lorenzkurve von der Diagonalen (Gleichverteilung) entfernt.[27]

[27] Für weitere Ausführungen vergleiche Canberra Group (2011).

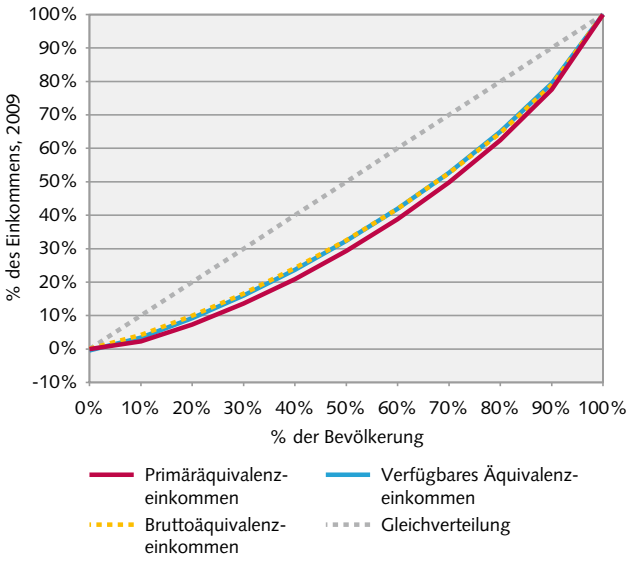
Auch die Lorenzkurve lässt die im Vergleich zum verfügbaren Einkommen (blaue Kurve) ungleichere Verteilung der Primäreinkommen (rote Kurve) erkennen, die bei der Gesamtbevölkerung im unteren Einkommensbereich wiederum weitgehend durch die Einkommen der Rentnerhaushalte geprägt ist (Grafik 3.3.3 und Grafik 3.3.4).

Lorenzkurve: Einkommensverteilung 2009, Gesamtbevölkerung **G 3.3.3**



Quelle: Haushaltsbudgeterhebung © *Bundesamt für Statistik (BFS)*

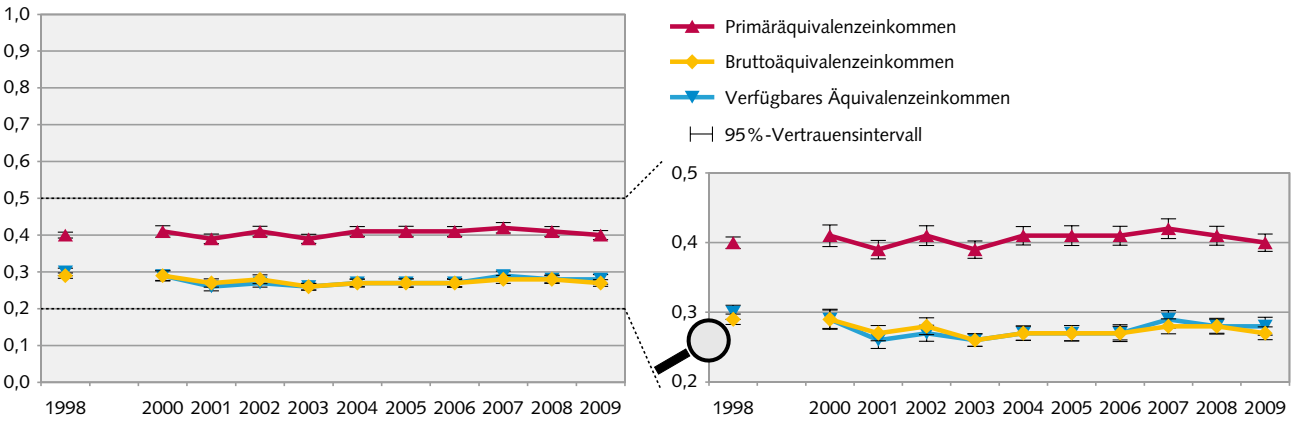
Lorenzkurve: Einkommensverteilung 2009, Personen in Erwerbshaushalten **G 3.3.4**



Quelle: Haushaltsbudgeterhebung © *Bundesamt für Statistik (BFS)*

Der Gini-Koeffizient (vgl. Kasten «Gini-Koeffizient») fasst diese Informationen nun zusammen und erleichtert damit auch den Vergleich mehrerer Jahre (Grafiken 3.3.5 bis 3.3.7). Hier ergeben sich für die Gesamtbevölkerung ebenfalls wesentlich höhere Koeffizienten für das Primäreinkommen (Werte von 39,2% bis 42,4%) als für das verfügbare Einkommen (Werte von 26,1% bis 29,8%). Bei Personen in Rentnerhaushalten nehmen die Gini-Koeffizienten der Primäreinkommen erwartungsgemäss sehr hohe Werte an (69,0% bis 78,3% im Vergleich zu 29,7% bis 33,7% bei Personen in Erwerbshaushalten). Nach staatlichen Transfers liegen die Werte dagegen in beiden Bevölkerungsgruppen auf ähnlichem Niveau mit 25,2% bis 29,2% bei den Erwerbs- bzw. 26,8% bis 31,8% bei den Rentnerhaushalten (Grafik 3.3.6 und Grafik 3.3.7).

Entwicklung der Gini-Koeffizienten 1998 bis 2009, Gesamtbevölkerung[1] G 3.3.5

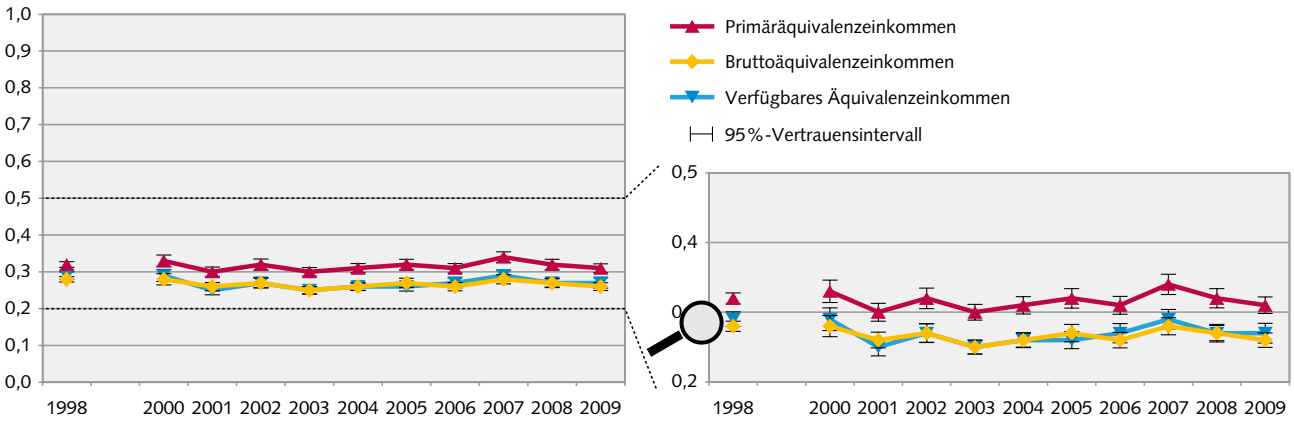


[1] Berechnungen einschliesslich der negativen Einkommen.

Quelle: Haushaltsbudgeterhebung

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Entwicklung der Gini-Koeffizienten 1998 bis 2009, Personen in Erwerbshaushalten[1] G 3.3.6

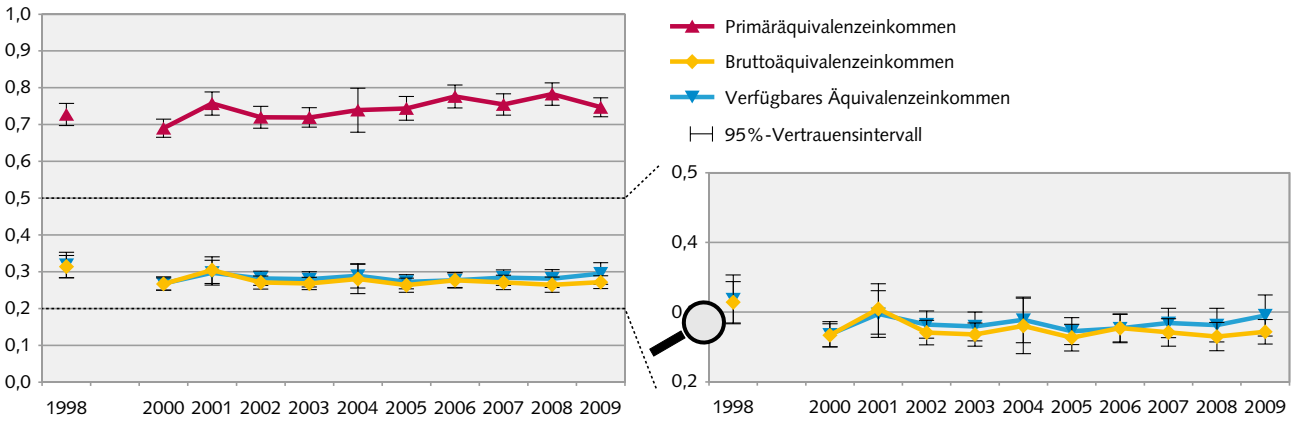


[1] Berechnungen einschliesslich der negativen Einkommen.

Quelle: Haushaltsbudgeterhebung

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Entwicklung der Gini-Koeffizienten 1998 bis 2009, Personen in Rentnerhaushalten[1] G 3.3.7



[1] Berechnungen einschliesslich der negativen Einkommen.

Quelle: Haushaltsbudgeterhebung

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Gini-Koeffizient

Der Gini-Koeffizient basiert auf dem Konzept der Lorenzkurve und entspricht dem Verhältnis der Fläche zwischen der Diagonalen und der Lorenzkurve zur gesamten Fläche unterhalb der Diagonalen (Dreiecksfläche). Verfügen alle Personen über gleich hohe Einkommen, so fällt die Lorenzkurve mit der Diagonalen zusammen und es ergibt sich ein Gini-Koeffizient von 0. Verfügt eine Person über das gesamte Einkommen, so verläuft die Lorenzkurve entlang der beiden Achsen und der Gini-Koeffizient beträgt 1. In Prozent dargestellt reichen die Werte entsprechend von 0 bis 100.

Quintilverhältnis S80/S20, Lorenzkurve und Gini-Koeffizient zeigen in gleicher Weise, dass die hohe Ungleichheit der Primäreinkommen mit staatlichen Umverteilungsmassnahmen deutlich reduziert werden kann. Erwartungsgemäss fällt diese Ungleichheitsreduktion bei Personen in Rentnerhaushalten aufgrund der grösseren Bedeutung von staatlichen Transferleistungen am stärksten aus.

3.3.2 Ergänzende Ungleichheitsmasse

Zur Charakterisierung der Ungleichheit von Einkommen und zur Quantifizierung von Einkommensverteilungen existiert eine Vielzahl von Massen mit jeweils spezifischen Eigenschaften.[28] Entsprechend ihren Eigenschaften bilden die Masse unterschiedliche Aspekte der Verteilungssituation ab und beinhalten damit implizit oder explizit jeweils auch eine andere Bewertung der Einkommensverteilung.

Für eine unvoreingenommene und differenzierte Beschreibung der Ungleichheit von Einkommen ist es daher sinnvoll, mehrere Ungleichheitsmasse heranzuziehen. Ergänzend zu Quintilverhältnis S80/S20 und Gini-Koeffizient werden daher auch das Atkinson-Mass und der Theil-Index verwendet (vgl. Kasten «Masse zur Beschreibung der Einkommensungleichheit»).[29]

Die Ergebnisse werden vor allem im Hinblick auf Niveauunterschiede in der Ungleichheit der drei Einkommensstufen sowie allgemeine Entwicklungstendenzen in den Jahren 1998 bis 2009 interpretiert.[30]

Masse zur Beschreibung der Einkommensungleichheit

Einkommensungleichheit kann sinnvoll nur im Vergleich der Verteilungen verschiedener Jahre, Einkommensstufen, Bevölkerungsgruppen oder Länder untersucht werden. Auch die spezifischen Eigenschaften von Ungleichheitsmassen werden erst im Vergleich von Einkommensverteilungen deutlich: Bestimmte Bereiche einer Verteilung werden je nach verwendetem Ungleichheitsmass stärker oder weniger stark betont. Damit treten auch Veränderungen bzw. Unterschiede bei der Betrachtung mehrerer Verteilungen deutlicher oder weniger deutlich hervor.

Das **Quintilverhältnis S80/S20** setzt die beiden Summen bzw. Mittelwerte des obersten und untersten Quintils ins Verhältnis. Die Bewertung der Ungleichheit basiert damit auf einem Ausschnitt der Einkommensverteilung, da nur diese beiden extremen Bereiche untersucht werden. Im Vergleich verschiedener Einkommensverteilungen werden jene Unterschiede erfasst, die diese beiden Mittelwerte beeinflussen. Unterschiede in den mittleren Einkommensgruppen bleiben dagegen unberücksichtigt. Das Quintilverhältnis S80/S20 erlaubt somit nur eine relativ grobe Einschätzung der Ungleichheit von Einkommensverteilungen und deren Veränderung und sollte daher um Ungleichheitsmasse ergänzt werden, die die gesamte Verteilung berücksichtigen.

Mit dem **Gini-Koeffizienten** als zusammenfassendes Ungleichheitsmass werden sämtliche Einkommensbereiche erfasst. Die grafische Darstellung in Form der Lorenzkurve verdeutlicht jedoch bereits, dass der Gini-Koeffizient auf Veränderungen im Bereich der mittleren Einkommen sensitiver reagiert als auf Veränderungen in den Randbereichen. Er basiert auf den nach Grösse geordneten Einkommen und den entsprechenden Bevölkerungsanteilen. Die Rangordnung der Einkommen ändert sich eher im dichtesten Teil, also in der Mitte der Verteilung (vgl. Canberra Group 2011). Veränderungen an den Rändern der Verteilung haben dagegen kaum Auswirkungen auf die Rangordnung der Einkommen.

Die Bedeutung der Einkommensposition bzw. ihr Beitrag zur Ungleichheit der Verteilung ist damit beim Gini-Koeffizienten implizit festgelegt. Die Untersuchung der Einkommensungleichheit sollte sich daher auf weitere Ungleichheitsmasse stützen, die andere Bereiche der Verteilung stärker betonen.

Das **Atkinson-Mass** basiert auf einem Vergleich jedes Einkommens in der Einkommensverteilung mit dem mittleren Einkommen und nimmt wie der Gini-Koeffizient bei vollständiger Gleichverteilung der Einkommen einen Wert von Null, bei maximaler Ungleichheit einen Wert von Eins an. Im Vergleich zum Gini-Koeffizienten ist das Atkinson-Mass sensibler gegenüber Veränderungen im unteren Einkommensbereich. Zudem können unterschiedliche Bewertungen einer gegebenen Einkommensverteilung durch die Gesellschaft explizit über einen sogenannten Ungleichheitsaversionsparameter simuliert werden, indem Veränderungen im unteren Bereich der Verteilung unterschiedlich stark betont werden. Der Parameter Epsilon ist definiert für Werte grösser Null. Je grösser Epsilon, desto sensibler reagiert der Atkinson-Index auf die Abweichung der untersten Einkommen zum mittleren Einkommen und desto mehr Bedeutung erhalten untere Einkommen.

[28] Vgl. auch Bundesamt für Statistik (2005).

[29] Ein Methodenbericht des BFS zur Varianzschätzung dieser Masse wird in der 2. Jahreshälfte 2012 erscheinen.

[30] Dieser Teil der Analysen beschränkt sich auf die Gesamtbevölkerung und Personen in Erwerbshaushalten.

$$A_{\varepsilon} = 1 - \left(\frac{1}{N} \sum_{k' \in U} \left(\frac{Y_{k'}}{\overline{Y}} \right)^{1-\varepsilon} \right)^{\frac{1}{1-\varepsilon}} \quad \text{für } \varepsilon > 0 \text{ und } \varepsilon \neq 1$$

$$A_{1} = 1 - \frac{\left(\prod_{k' \in U} Y_{k'} \right)^{\frac{1}{N}}}{\overline{Y}} \quad \text{für } \varepsilon = 1$$

mit

N der Anzahl der Personen in der Population
$Y_{k'}$ dem Einkommen des Individuums k
$\overline{Y}$ dem mittleren Einkommen in der Population

Wird eine hohe Ungleichheitsaversion der Gesellschaft zugrunde gelegt (grösseres Epsilon), so können auch einige sehr geringe Einkommen den Atkinson-Index stark beeinflussen (ebd.).

Als Ergänzung zum Gini-Koeffizienten eignet sich insbesondere das Atkinson-Mass mit einem Ungleichheitsparameter Epsilon von 1, da damit der untere Bereich der Verteilung deutlich stärker betont wird.

Die Auswahl von Ungleichheitsmassen mit unterschiedlichen Sensitivitäten auf Verteilungsänderungen wird vollständig mit dem Theil-Index. Dieses Mass basiert ebenfalls auf dem Vergleich jedes Einkommens in der Einkommensverteilung mit dem mittleren Einkommen. Der Wertebereich reicht von Null (vollständige Gleichverteilung) bis log(n) (maximale Ungleichheit), liegt jedoch für empirische Einkommensverteilungen meist im Bereich zwischen Null und Eins. Der **Theil-Index** reagiert weniger sensitiv auf Veränderungen im unteren Einkommensbereich als der Atkinson-Index. Der obere Bereich der Verteilung wird dagegen stärker betont.

$$T = \sum_{k' \in U} \frac{Y_{k'}}{N\overline{Y}} \log \left(\frac{Y_{k'}}{\overline{Y}} \right)$$

Unterschiede in der Ungleichheit der Einkommensstufen

Die Einkommen vor staatlicher Umverteilung weisen in der Regel eine grössere Ungleichheit auf als die Einkommen nach staatlicher Umverteilung. Dies entspricht der Intention der Sozialpolitik, die Ausgangsverteilung der am Markt erzielten Einkommen durch Steuern und Sozialtransfers auszugleichen (BFS 2012).

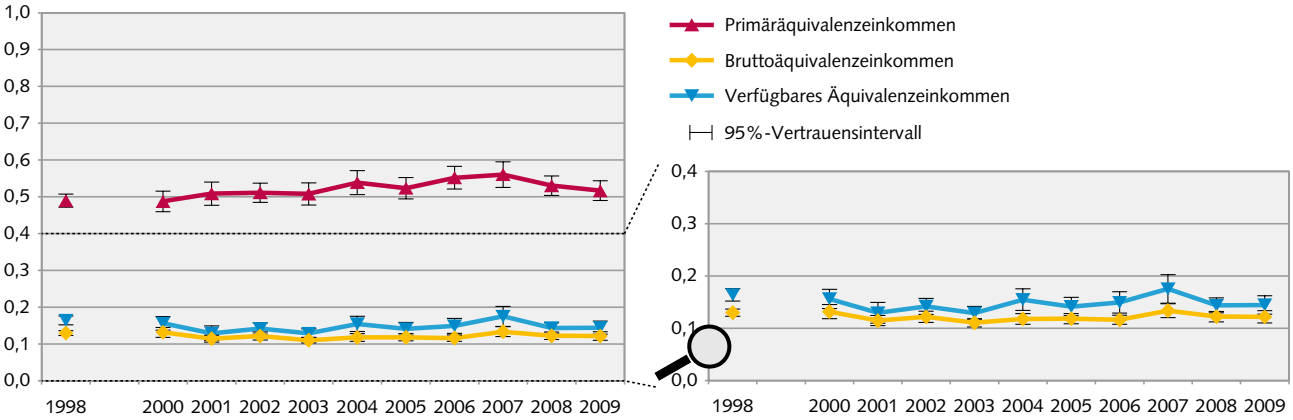
Alle Ungleichheitsmasse zeigen eine deutliche Reduktion der Ungleichheit beim **Übergang vom Primär- zum Bruttoeinkommen** (Grafiken 3.3.1, 3.3.2 und 3.3.5 bis 3.3.11). Bei Berücksichtigung von Personen in Rentnerhaushalten sind die Primäreinkommen dabei deutlich ungleicher verteilt, so dass diese Reduktion wesentlich grösser ausfällt als bei Personen in Erwerbshaushalten.[31] Dies wiederum lässt sich erklären mit der für Rentnerhaushalte grösseren Bedeutung staatlicher Transferleistungen im Vergleich zu Erwerbseinkommen (vgl. Kapitel 2 Grafiken 2.1.2 und 2.1.3).

Im Ausmass der Ungleichheitsreduktion von Primär- zu Bruttoeinkommen weisen die Ungleichheitsmasse zum Teil Unterschiede auf, die zurückzuführen sind auf die unterschiedlichen Eigenschaften, insbesondere die Sensitivität auf Verteilungsänderungen in unterschiedlichen Bereichen der Verteilung. So zeigt das Atkinson-Mass (Epsilon = 1) mit zunehmendem Ungleichheitsaversionsparameter und damit stärkerer Betonung des unteren Einkommensbereichs eine deutlichere Reduktion der Ungleichheit als Theil-Index und Gini-Koeffizient (Grafik 3.3.5 bis 3.3.11). Der Übergang vom Primäreinkommen zum Bruttoeinkommen ist vor allem für Haushalte ohne oder mit einem sehr geringen Erwerbseinkommen mit den grössten Veränderungen verbunden und fällt daher erwartungsgemäss deutlicher aus bei Ungleichheitsmassen, die diesen unteren Bereich der Verteilung stärker betonen.

Beim **Übergang vom Brutto- zum verfügbaren Einkommen** ist vor allem die Umverteilungswirkung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen (AHV, IV, ALV, OKPV etc.) von Bedeutung. Die Steuern reduzieren aufgrund ihrer progressiven Ausgestaltung die Ungleichverteilung der Bruttoeinkommen. Auch mit der einkommensabhängigen Entrichtung der Sozialversicherungsbeiträge findet eine Umverteilung zwischen verschiedenen Einkommensgruppen statt. Eine Ausnahme

[31] Die ungleichere Verteilung der Primäreinkommen resultiert aus einem im Vergleich zu Erwerbshaushalten grösseren Anteil an Haushalten ohne Erwerbseinkommen und damit ohne oder mit geringerem Primäreinkommen. Das Quintilverhältnis S80/S20, bei dem diese Einkommen sehr stark ins Gewicht fallen, wird für das Primäreinkommen daher nur für Erwerbshaushalte dargestellt.

Entwicklung des Atkinson-Masses (Epsilon=1) 1998 bis 2009, Gesamtbevölkerung[1] G 3.3.8

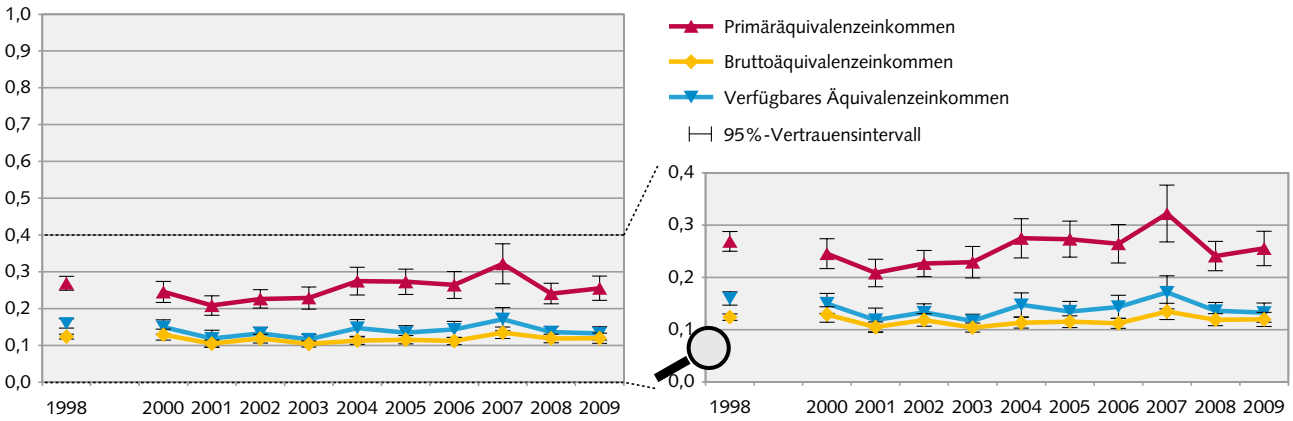


[1] Das Atkinson-Mass kann für Einkommen von kleiner oder gleich Null nicht berechnet werden. Diese Einkommen gehen mit einem Wert von Eins in die Berechnungen ein.

Quelle: Haushaltsbudgeterhebung

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Entwicklung des Atkinson-Masses (Epsilon=1) 1998 bis 2009, Personen in Erwerbshaushalten[1] G 3.3.9

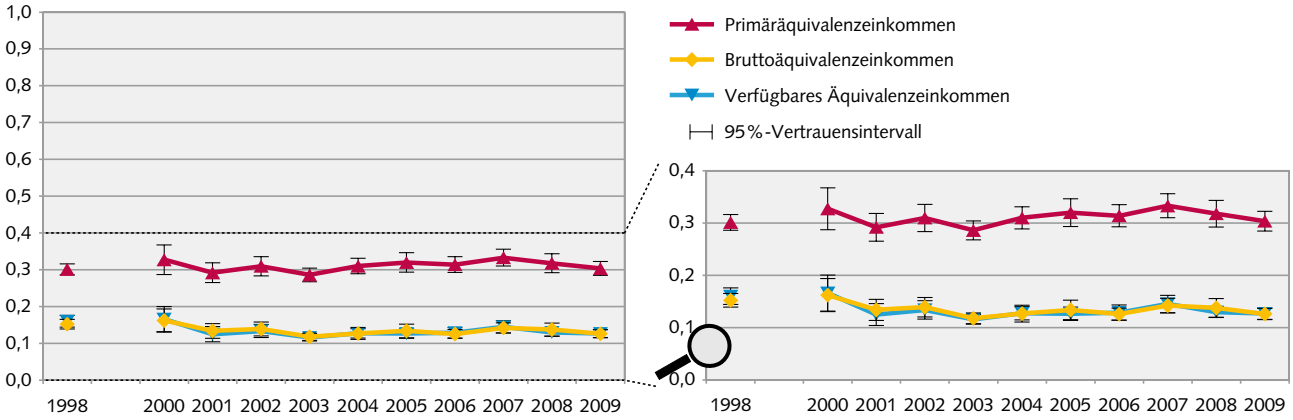


[1] Das Atkinson-Mass kann für Einkommen von kleiner oder gleich Null nicht berechnet werden. Diese Einkommen gehen mit einem Wert von Eins in die Berechnungen ein.

Quelle: Haushaltsbudgeterhebung

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Entwicklung der Theil-Koeffizienten 1998 bis 2009, Gesamtbevölkerung[1] G 3.3.10

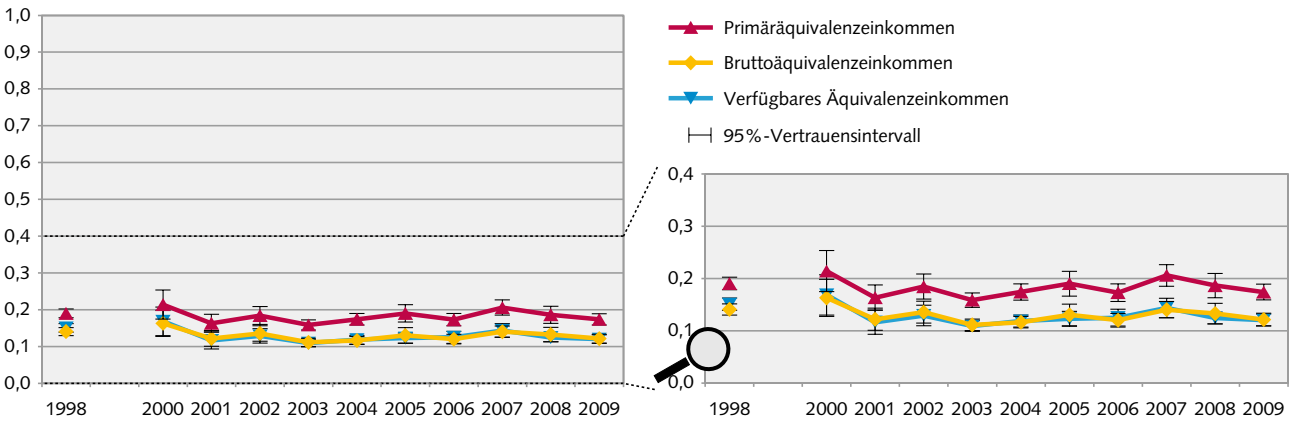


[1] Der Theil-Koeffizient kann für Einkommen von kleiner oder gleich Null nicht berechnet werden. Diese Einkommen gehen mit einem Wert von Eins in die Berechnungen ein.

Quelle: Haushaltsbudgeterhebung

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Entwicklung der Theil-Koeffizienten 1998 bis 2009, Personen in Erwerbshaushalten[1] **G 3.3.11**



[1] Der Theil-Koeffizient kann für Einkommen von kleiner oder gleich Null nicht berechnet werden. Diese Einkommen gehen mit einem Wert von Eins in die Berechnungen ein.

Quelle: Haushaltsbudgeterhebung

© Bundesamt für Statistik (BFS)

stellen die in der Schweiz als Kopfprämien ausgestalteten Krankenkassenprämien dar. Sie sind an sich nicht solidarisch ausgerichtet. Mit den Prämienverbilligungen in der obligatorischen Krankenversicherung, die einen beträchtlichen Teil des staatlichen Umverteilungssystems ausmachen, werden jedoch niedrige Einkommen entlastet.

Dies müsste sich auch bei der Analyse der Einkommensungleichheit zeigen: Nach Berücksichtigung aller Transfers, also auf Basis des verfügbaren Einkommens, wäre zu erwarten, dass die Ungleichheit im Vergleich der drei Einkommensstufen am geringsten ist. Gemäss den Ergebnissen der untersuchten Ungleichheitskennzahlen scheinen sich die Umverteilungswirkungen von Steuern und Sozialabgaben jedoch weitgehend aufzuheben. Brutto- und verfügbares Einkommen weisen in etwa dasselbe Niveau an Ungleichheit auf. Die geringen Unterschiede gehen vermutlich zu einem Teil auf die getrennte Erfassung von Bruttobeträgen der Krankenkassenprämien und Prämienverbilligungen zurück und lassen daher keine gesicherten Aussagen über die Umverteilung vom Brutto- zum verfügbaren Einkommen zu (vgl. dazu auch Kapitel 2.2).[32]

Unterschiede im Zeitverlauf

Wenngleich der Grad der Ungleichheit in den verschiedenen Einkommensstufen im Zeitraum von 1998 bis 2009 insgesamt betrachtet weitgehend stabil blieb, zeigen sich dennoch Tendenzen einer Veränderung der Ungleichheit, deren Ausprägung wiederum zum Teil je nach verwendetem Ungleichheitsmass unterschiedlich ausfällt.[33]

Theil-Index, Gini-Koeffizient und Quintilverhältnis S80/S20 liefern dabei ein ähnliches Bild der Ungleichheitsentwicklung. Die Masse zeigen im betrachteten Zeitraum insgesamt weder für Personen in Erwerbshaushalten noch für die Gesamtbevölkerung eine grosse Variation der Ungleichheit und nur tendenziell eine leichte Abnahme bis 2001, in den Jahren 2003 bis 2007 eine leichte Zunahme der Ungleichheit und in den jüngeren Beobachtungsjahren wiederum eine leichte Abnahme.

Bei Verwendung des im unteren Einkommensbereich sensibleren Atkinson-Masses ergibt sich kein grundlegend anderes Bild. Der Anstieg der Ungleichheit in den Jahren 2003 bis 2007 fällt jedoch deutlicher aus und beschränkt sich vorwiegend auf die Primäreinkommen. Während sich gemessen an den übrigen Massen die Ungleichheit der Einkommen vor und nach staatlicher Umverteilung in diesem Zeitraum in etwa parallel entwickelte, ist der Anstieg der Ungleichheit der Primäreinkommen mit dem Atkinson-Mass in den Bruttoeinkommen und verfügbaren Einkommen nicht mehr, oder

[32] Die Erfassung von Prämienverbilligungen bei den Krankenkassenprämien ist aufgrund der vielfältigen kantonalen Vollzugspraxis nicht vollständig möglich (vgl. Fussnote 13). Ohne Prämienverbilligungen wird jedoch insbesondere für die unteren Einkommensgruppen eine übermässige Belastung durch Sozialabgaben abgebildet. Bei einer starken Betonung des unteren Einkommensbereichs (Atkinson-Mass für Epsilon=1) ergibt sich für die verfügbaren Einkommen im Vergleich zum Bruttoeinkommen sogar eine ungleichere Verteilung, die jedoch statistisch nicht abgesichert ist. Die Vertrauensintervalle der geschätzten Werte überschneiden sich.

[33] Die Entwicklung der Ungleichheit von 1998 bis 2009 zeigt nur für einzelne Jahre deutliche Unterschiede, die anhand der Vertrauensintervalle (vgl. Glossar) gekennzeichnet sind. Überschneiden sich die Vertrauensintervalle für zwei aufeinanderfolgende Jahre, kann nicht mit hinreichender Sicherheit von einer Veränderung ausgegangen werden.

nur abgeschwächt, erkennbar. Die Ungleichverteilung der Primäreinkommen nimmt im selben Zeitraum stärker zu als die Ungleichverteilung der verfügbaren und Bruttoeinkommen.

Das Atkinson-Mass zeigt damit – insbesondere bei einer relativ starken Betonung der unteren Einkommen (Ungleichheitsaversionsparameter Epsilon = 1) – neben Niveau- auch Trendunterschiede in der Ungleichheit der verschiedenen Einkommensstufen. Dies deutet darauf hin, dass der Anstieg der Ungleichheit in den Primäreinkommen in den Jahren 2003 bis 2007 vor allem auf eine Zunahme der Ungleichheit in den unteren Einkommensbereichen zurückgeht und mit der staatlichen Umverteilung, insbesondere den Sozialleistungen, weitgehend kompensiert wurde.

Staatliche Transferleistungen fliessen vor allem den unteren Einkommensgruppen zu. Der in diesem Zeitraum stärkere Ausgleich durch staatliche Eingriffe im unteren Einkommensbereich geht vermutlich zu einem Teil auf die vergleichsweise schlechte Konjunkturentwicklung nach der Jahrtausendwende zurück, die – vermittelt über Arbeitslosigkeit bzw. individuelle Erwerbsbeteiligung – mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung auch die Einkommensungleichheit beeinflusst: Erwerbseinkommen werden bei Arbeitslosigkeit durch niedrigere Transferleistungen der Arbeitslosenversicherung ersetzt bzw. fallen bei nichtregistrierter Arbeitslosigkeit weg. Unter der (plausiblen) Annahme, dass die Erwerbseinkommen des nicht von Arbeitslosigkeit betroffenen Teils der Bevölkerung weitgehend unverändert bleiben, erhöht sich dadurch die Ungleichheit der Primäreinkommen und – in geringerem Ausmass – auch der verfügbaren Einkommen.

Die Ergebnisse zur Zusammensetzung der Bruttoeinkommen im Zeitverlauf und die Entwicklung der Arbeitslosigkeit bestätigen dies. So nahm der Anteil staatlicher Transfereinkommen am Gesamteinkommen zwischen 2000–2002 und 2003–2005 im untersten Einkommenssegment bei den Erwerbshaushalten stark zu (vgl. Grafik 2.1.5).[34] Die Arbeitslosenquote stieg in diesen Jahren deutlich an. Bei Rentnerhaushalten blieb der Anteil der Transfereinkommen im gleichen Zeitraum weitgehend konstant.

Für 2007 bis 2009 zeigen alle Ungleichheitsmasse eine leichte Abnahme der Ungleichheit in den Primäreinkommen – dies vermutlich wiederum als Nachwirkung der guten Konjunktur und als Folge der von 2005 bis 2008 rückläufigen Arbeitslosigkeit. Gemessen am Brutto- und verfügbaren Einkommen bleibt die Ungleichheit in diesen Jahren nahezu konstant.

[34] Für die Aufschwungphase um die Jahrtausendwende unterscheidet sich die Zusammensetzung des Bruttoeinkommens dagegen deutlich: Der Anteil der Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit der Erwerbshaushalte ist von 2000–2002 im unteren Einkommensquintil deutlich höher als in den folgenden Jahren, entsprechend geringer ist der Anteil der Renten und Sozialleistungen.

4 Zusammenfassung

Die Analyse der Einkommensverteilung und -ungleichheit zeigt, dass die Verteilung der Einkommen, die durch (Arbeits- und Kapital-) Marktprozesse zustande kommt, durch das sozialstaatliche Transfersystem stark beeinflusst wird. Besonders ausgeprägt ist diese Umverteilung im Zeitraum von 2003 bis 2007. So wird die ungleiche Verteilung der Einkommen vor staatlichen Transfers mit der staatlichen Umverteilung nicht nur im Niveau reduziert, sondern es wird auch der Anstieg der Ungleichheit in diesen Jahren weitgehend kompensiert. Dies geschieht insbesondere über Sozialleistungen, die in diesem Zeitraum vor allem bei den unteren Einkommen an Bedeutung gewinnen.

Die **Zusammensetzung und Entwicklung des Bruttoeinkommens** variiert stark mit der Einkommenshöhe.

Im unteren Einkommenssegment macht das Einkommen aus Erwerbsarbeit nur einen geringen Teil des gesamten Haushaltseinkommens aus, den Transferleistungen kommt dagegen eine grosse Bedeutung zu.

Seit der Jahrtausendwende nahm der Anteil der Transferleistungen am gesamten Einkommen insgesamt geringfügig, im untersten Einkommensquintil stark zu.

Nach Haushaltstypen betrachtet blieb die Einkommensstruktur im Beobachtungszeitraum weitgehend stabil. Bei Alleinlebenden und – in geringerem Ausmass – auch bei Paarhaushalten ohne Kinder variiert die Zusammensetzung des Einkommens jedoch sehr stark mit der Einkommenshöhe. Den stärksten Kontrast bilden dabei alleinlebende Erwerbstätige der untersten Einkommensklasse, die zu einem Drittel von Transfereinkommen leben.

Eine detaillierte Analyse der **Struktur der obligatorischen Ausgaben** (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) bringt weitere Unterschiede nach Einkommenshöhe zu Tage. Überdurchschnittlich hohe Ausgaben haben die unteren und die oberen Einkommen. In den unteren Einkommen ist die Belastung durch Krankenkassenprämien besonders hoch und wird auch durch die in diesen Einkommensgruppen niedrigeren Steuer- und Sozialversicherungsbeiträge nicht kompensiert. Mit zunehmendem Einkommen kommt dagegen den Sozialversicherungsbeiträgen und Steuern eine grössere Bedeutung zu.

Auch im Zeitverlauf bestehen diese Unterschiede: Die stetige Zunahme des Anteils der obligatorischen Ausgaben an den Bruttoeinkommen seit der Jahrtausendwende ist in den einkommensschwachen Haushalten besonders gross – bedingt vor allem durch den proportional stärkeren Anstieg der Krankenkassenprämien, aber auch durch die Steuerbelastung.

Auch nach verschiedenen Haushaltstypen betrachtet ist der Anteil der obligatorischen Ausgaben am Bruttoeinkommen in den untersten und obersten Einkommensquintilen grösser als bei den mittleren Einkommensfünfteln, mit Ausnahme der Ein-Personen-Haushalte. Die durch die progressive Ausgestaltung des Steuersystems überproportional steigende Steuerbelastung bei steigendem Einkommen fällt bei Familien etwas deutlicher aus als bei Ein-Personen-Haushalten, während bei Letzteren die Ausgaben durch Sozialversicherungsbeiträge mit zunehmendem Einkommen vergleichsweise stärker ins Gewicht fallen.

In der **Struktur der Konsumausgaben** bestehen deutliche Unterschiede nach Einkommenshöhe. In finanziell weniger gut gestellten Erwerbshaushalten belasten die Ausgaben zur Deckung der materiellen Grundbedürfnisse das Budget überproportional. Die Gesamtausgaben übersteigen hier deutlich die Summe der Einnahmen, wodurch auch die Sparmöglichkeiten in dieser Einkommensgruppe eingeschränkt sind.

Im Zeitverlauf lässt sich bei den Konsumausgaben der Erwerbshaushalte tendenziell eine Verlagerung von den grundlegenden Bedürfnissen zu weitergehenden Bedürfnissen wie Mobilität und Freizeit feststellen.

Dieser Trend ist sowohl bei den wohlhabendsten wie auch bei den einkommensschwächsten Erwerbshaushalten zu beobachten und – mit Ausnahme der Ein-Personen-Haushalte – auch in den verschiedenen Haushaltstypen.

Die **Untersuchung der staatlichen Umverteilung** zeigt, dass die Ungleichheit der Einkommen mit staatlichen Transfers deutlich verringert wird. Sowohl die grafische Darstellung der Einkommensverteilung als auch die Verteilungs- und Ungleichheitskennzahlen lassen eine deutliche Ungleichheitsreduktion von den vorwiegend marktabhängigen Primäreinkommen zu den Einkommen nach staatlichen Transfers erkennen. Diese Reduktion ist bei Personen in Rentnerhaushalten erwartungsgemäss besonders stark ausgeprägt.

Die Untersuchung von Einkommensungleichheit kann aus unterschiedlichen Perspektiven erfolgen und sollte daher im Idealfall auf verschiedenen Massen basieren. Wenngleich sich insgesamt betrachtet ein ähnliches Bild der Ungleichheitsentwicklung ergibt, treten gewisse Tendenzen je nach verwendetem Ungleichheitsmass deutlicher oder weniger deutlich hervor.

In der **Entwicklung der Einkommensungleichheit** zeigt sich dies im Anstieg der Ungleichheit in den Primäreinkommen in den Jahren 2003 bis 2007. Das im unteren Einkommensbereich sensiblere Atkinson-Mass liefert Hinweise darauf, dass dieser Anstieg auf Veränderungen in den unteren Einkommensbereichen zurückgeht und mit der staatlichen Umverteilung, insbesondere den Sozialleistungen, weitgehend kompensiert werden konnte.

Hier wird deutlich, dass die Entwicklung der betrachteten Einkommensstufen zu einem Teil auch mit gesamtwirtschaftlichen Einflüssen erklärt werden kann. So ist etwa die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Zuge der konjunkturellen Entwicklung vor allem für Veränderungen im unteren Bereich der Einkommensverteilung bedeutsam. Änderungen auf dem Arbeitsmarkt wirken auf die personelle Einkommensverteilung, indem sie die Möglichkeiten zur Generierung von Erwerbseinkommen verändern und damit auch die Zusammensetzung von Primär-, Brutto- und verfügbarem Einkommen beeinflussen. Für den Übergang vom Primär- zum verfügbaren Einkommen bedeutsam sind neben Steuern vor allem Transferleistungen, die einen mindernden Einfluss auf die Ungleichheit haben. Ihr Anteil bestimmt zusammen mit der Progressivität des Steuersystems wesentlich das Ausmass der Umverteilung. Da dieser Einkommenskomponente in wirtschaftlich schwachen Zeiten vor allem in den unteren Einkommenssegmenten eine grössere Bedeutung zukommt, ist auch die Umverteilung durch staatliche Massnahmen bzw. die Reduktion der Unterschiede zwischen Vor- und Nachtransfereinkommen grösser.

Für die jüngeren Beobachtungsjahre ist eine leichte Abnahme der Ungleichheit in den Einkommen vor staatlichen Transfers erkennbar, die mit der staatlichen Umverteilung jedoch nicht auf die Nachtransfereinkommen übertragen wird: Nach Umverteilung bleibt die Ungleichheit in diesen Jahren nahezu konstant.

Glossar

Äquivalenzeinkommen

Das Äquivalenzeinkommen wird ausgehend vom Haushaltseinkommen berechnet. Um den Unterschieden in Bezug auf Haushaltsgrösse und -zusammensetzung Rechnung zu tragen, wird das Haushaltseinkommen auf einen Ein-Personen-Haushalt umgerechnet, das heisst durch die dem Haushalt entsprechende «Äquivalenzgrösse» dividiert. Diese wird ermittelt, indem die einzelnen Personen des Haushalts gewichtet werden: Die erste erwachsene Person z.B. mit 1,0, die zweite und jede weitere im Alter von 14 Jahren und mehr mit 0,5 sowie jedes Kind unter 14 Jahren mit 0,3 (entsprechend der neueren oder «modifizierten» OECD-Äquivalenzskala). Die «Äquivalenzgrösse» ergibt sich aus der Summe dieser Gewichte.

Bruttohaushaltseinkommen

Das Bruttohaushaltseinkommen fasst die Einkommen sämtlicher Mitglieder eines Privathaushalts zusammen. Dazu gehören die Bruttolöhne (vor den Sozialabzügen), die Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit, die Renten, die Zinsen, die Überweisungen von anderen Haushalten, die Naturalbezüge aus dem eigenen Betrieb, die Naturalleistungen des Arbeitgebers, die Produkte aus dem eigenen Garten usw.

Primäreinkommen

Das Primäreinkommen wird in der Haushaltsbudgeterhebung als die Summe vom Erwerbseinkommen sämtlicher Mitglieder eines Privathaushalts (inklusive Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer, aber ohne diejenigen der Arbeitgeber) und deren Einkommen aus Vermietung und Vermögen definiert. Oder anders ausgedrückt: Zur Berechnung des Primäreinkommens werden vom Bruttohaushaltseinkommen die → Transferleistungen subtrahiert.

Obligatorische Ausgaben

→ Verfügbares Einkommen

Quantil, Quantilverhältnisse

Dezile und Quintile (allgemein Quantile) dienen dazu, Verteilungen zu beschreiben. Dazu wird die beobachtete Population nach dem interessierenden Merkmal (bspw. Einkommen) geordnet und in 10 bzw. 5 gleich grosse Teile aufgeteilt. Anschliessend können die Einkommensanteile (Summen, Mittelwerte oder Grenzwerte) berechnet werden, über welche jedes Zehntel bzw. Fünftel der Bevölkerung verfügt. Bei Gleichverteilung wären diese Anteile jeweils konstant ein Zehntel bzw. ein Fünftel. In der Realität ist dies jedoch nicht der Fall, d.h. die Einkommen wie auch die Vermögen sind ungleich verteilt. Ein Mass dieser Ungleichverteilung sind Quantilverhältnisse. Dabei werden hier die Summen, Mittelwerte oder Grenzwerte innerhalb der Quantile betrachtet: Die reichsten 20% der Bevölkerung haben zusammen X-mal so viel wie die ärmsten 20%. Diese Verhältniszahl X wird dann mit S80/S20 bezeichnet.

Quintile

Währenddem sich der Median im Zentrum der Einkommensverteilung befindet, teilen die Quintile die Anzahl der Einkommen in fünf gleiche Teile. Auf diese Weise haben 20% der Haushalte Einkommen von weniger als dem ersten Quintil, 20% der Haushalte haben Einkommen zwischen dem 1. und dem 2. Quintil usw.

Referenzperson

Die Referenzperson ist in der Haushaltsbudgeterhebung (HABE) dasjenige Haushaltsmitglied, das am meisten zum Gesamteinkommen des Haushalts beiträgt und somit die wirtschaftlichen Lebensbedingungen des Haushalts am meisten beeinflusst. Werden die Haushalte nach Personenmerkmalen gegliedert, so ist das Merkmal der Referenzperson massgebend. Wenn zum Beispiel die Referenzperson unselbständig erwerbend ist (siehe unten), gehört der Haushalt in die Kategorie der unselbständig erwerbenden Haushalte, selbst wenn er Personen enthält, die einer selbständigen Erwerbstätigkeit nachgehen oder die Renten beziehen.

Transferleistungen/-einkommen

Als Transferleistungen/-einkommen gelten im vorliegenden Bericht staatliche oder staatlich geregelte Renten und Sozialleistungen (beispielsweise Renten der AHV/IV und der Pensionskassen, Taggelder der EO, der ALV der SUVA und der Krankenkasse, kantonale Prämienverbilligungen für die Krankenkassen-Grundversicherung, Mietzuschüsse, Stipendien, Familienzulagen und Sozialhilfe) sowie erhaltene Alimente und andere regelmässige Überweisungen von anderen Haushalten.

Transferausgaben

Als Transferausgaben gelten im vorliegenden Bericht alle obligatorischen Abgaben, also staatliche oder staatlich geregelte Ausgaben wie z.B. Sozialversicherungsbeiträge (AHV, IV, EO, ALV, UVG, BVG), Steuern, Krankenkassen-Grundversicherungsprämien sowie bezahlte Alimente und andere regelmässige Unterstützungsbeiträge an andere Haushalte.

Umverteilung

Umverteilung ist ein Mittel, um Verteilungsungerechtigkeit, d.h. zu grosse Ungleichheit, zu verhindern, indem von den Wohlhabenden Mittel abgeschöpft werden, um diese den weniger gut Gestellten zukommen zu lassen (Transferzahlungen). Dem Sozialstaat stehen dazu verschiedene Instrumente mit Umverteilungswirkung zur Verfügung: Steuerprogression, Plafonierung der AHV-Renten, Stipendien, Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfeleistungen usw.

Verfügbares Einkommen

Das verfügbare Einkommen wird berechnet, indem man vom Bruttoeinkommen die obligatorischen Ausgaben abzieht. Dabei handelt es sich um Auslagen wie die Sozialversicherungsbeiträge (AHV/IV-Beiträge, berufliche Vorsorge usw.), die Steuern, die Krankenkassenprämien (Grundversicherung) und die regelmässigen Transferzahlungen an andere Haushalte (z.B. Alimente).

Variationskoeffizient

Der Variationskoeffizient ist ein Mass der Genauigkeit einer Schätzung. Er ist definiert als Quotient aus geschätzter Standardabweichung eines zu schätzenden Parameters und dessen geschätztem Wert. Man kann dies als relative Standardabweichung auffassen, das heisst, das Verhältnis der geschätzten Standardabweichung eines interessierenden Parameters zum geschätzten Parameter.

Vertrauensintervall

Ein Vertrauensintervall gibt einen geschätzten Bereich von Werten an, der einen unbekannten Populationsparameter enthalten soll. Dabei wird der geschätzte Bereich aus einer gegebenen Stichprobe berechnet.

Wenn voneinander unabhängige Zufallsstichproben wiederholt unter denselben Bedingungen aus derselben Population gezogen werden und jedes Mal ein Vertrauensintervall berechnet wird, dann wird ein gewisser Anteil dieser Vertrauensintervalle den unbekannten Populationsparameter enthalten. Vertrauensintervalle sind üblicherweise so berechnet, dass dieser Anteil 95% beträgt. Man spricht dann von einem 95%-Vertrauensintervall.

Die Breite des Vertrauensintervalls liefert einen Hinweis auf die Genauigkeit der Schätzung für den unbekannten Parameter. Ein sehr breites Intervall kann darauf hindeuten, dass eine grössere Stichprobe erhoben werden sollte, um eine zuverlässige Schätzung des interessierenden Parameters zu erhalten.

Literatur

Bundesamt für Statistik (BFS). 2005. Evaluation de différentes mesures de l'inegalité. Mandat réalisé pour l'OFS par Yves Flückiger (Laboratoire d'économie appliquée de l'Université de Genève) et Ramses Abul Naga (Université de Lausanne). Neuchâtel: BFS.

Bundesamt für Statistik (BFS). 2007. Finanzielle Situation der privaten Haushalte. Zusammensetzung und Verteilung der Einkommen. Neuchâtel: BFS.

Bundesamt für Statistik (BFS). 2011. Statistischer Sozialbericht Schweiz 2011. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates Rossini «Legislatur. Sozialbericht» (2002 P 01.3788). Neuchâtel: BFS.

Bundesamt für Statistik (BFS). 2012. Analysen zu Verteilungswirkungen staatlicher Massnahmen: theoretische und methodische Grundlagen. Neuchâtel: BFS.

Jenkins, Stephen P. und Philippe van Kerm. 2009. The Measurement of Economic Inequality. In: Wiemer Salverda, Brian Nolan und Timothy M. Smeeding (Hrsg.). The Oxford handbook of economic inequality. Oxford: Oxford University Press.

The Canberra Group. 2011. Canberra Group Handbook on Household Income Statistics. Second Edition, Ottawa.

Anhang

A Umsetzung des idealtypischen Einkommenskonzeptes mit der Haushaltsbudgeterhebung (HABE)

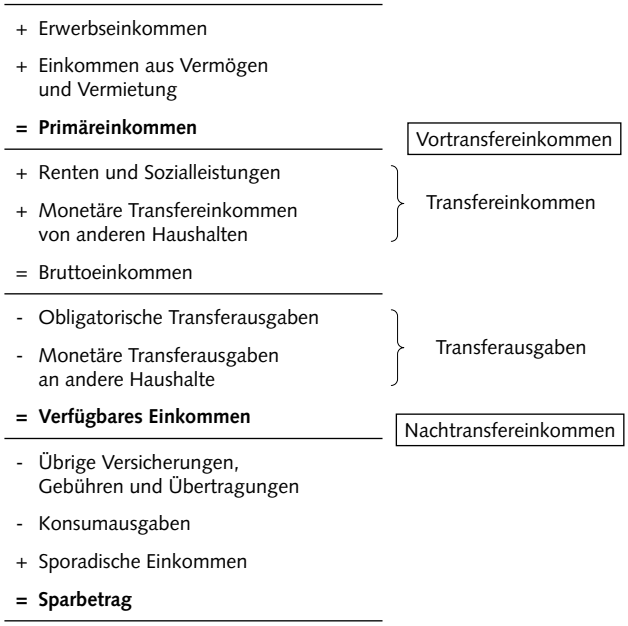
In einem separat veröffentlichten Bericht zu theoretischen und methodischen Grundlagen der Analyse staatlicher Umverteilung wird genauer definiert, welche Komponenten das Einkommen nach konzeptionellen Überlegungen im Allgemeinen umfasst und welche Komponenten zum Vor- und Nachtransfereinkommen zu rechnen sind (vgl. Bundesamt für Statistik 2012, Kapitel 3). Dieses «idealtypische» Einkommenskonzept basiert auf den neusten Empfehlungen der Canberra Group (2011). Die praktische Umsetzung ist je nach Datenverfügbarkeit mit mehr oder weniger grossen Einschränkungen verbunden. So ist auch in der Haushaltsbudgeterhebung auf Abweichungen gegenüber dem Idealkonzept hinzuweisen:

– Gewisse Einkommensbestandteile werden im Rahmen der Haushaltsbudgeterhebung nicht erhoben und sind daher in den vorliegenden Auswertungen nicht berücksichtigt: Es handelt sich hierbei um die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber und um das fiktive Mieteinkommen. Bei beiden ist die Integration modellbasierter Schätzungen zwar denkbar, die Haushaltsbudgeterhebung beschränkt sich jedoch auf reale Beträge.
– Andere Einkommenskomponenten sind unabhängig der jeweiligen Datenquelle schwer messbar und werden daher nicht erhoben: So berücksichtigt das idealtypische Einkommenskonzept gemäss Canberra Handbook auch die Haushaltsproduktion von Dienstleistungen (z.B. Putzen, Kochen, Einkaufen, Kinderbetreuung). In der Praxis ist diese Einkommenskomponente kaum monetarisierbar.
– Weitere Komponenten werden in der Haushaltsbudgeterhebung zwar erfasst, aber nicht als Einkommensbestandteil betrachtet: So gelten beispielsweise die Hypothekarzinsen als Konsumausgaben, während die Canberra Group sie als Zinsaufwand im Vermögenseinkommen bzw. bei selbstbenutztem Wohneigentum im fiktiven Mieteinkommen berücksichtigt.

Ausgehend von diesen Einschränkungen wird im vorliegenden Bericht von folgenden Definitionen für Vor- und Nachtransfereinkommen ausgegangen:

– Das sogenannte Primäreinkommen wird als Einkommen vor staatlichen Transfers betrachtet. Es wird in der Haushaltsbudgeterhebung als die Summe der Erwerbseinkommen sämtlicher Mitglieder eines Privathaushalts (inklusive der Naturaleinkommen und der Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer aber – im Gegensatz zum idealtypischen Einkommenskonzept – ohne diejenigen der Arbeitgeber) und deren Einkommen aus Vermietung und Vermögen (inkl. Renten der 3. Säule) definiert. Das fiktive Mieteinkommen sowie der Zinsaufwand für Hypotheken werden im Gegensatz zum Idealkonzept nicht berücksichtigt.
– Das verfügbare Einkommen bildet das Einkommen nach staatlichen Transfers. Es wird berechnet, indem man vom Bruttoeinkommen die obligatorischen Ausgaben abzieht. Dabei handelt es sich um Auslagen wie die Sozialversicherungsbeiträge (AHV/IV-Beiträge, berufliche Vorsorge usw.), die Steuern, die Krankenkassenprämien (Grundversicherung) und die regelmässigen Transferzahlungen an andere Haushalte (z.B. Alimente).

B Übersicht der Einkommenskomponenten und Einkommensstufen[35]



[35] Gemäss Definition Haushaltsbudgeterhebung (HABE).

C Anhangtabellen

T1 Anzahl der Beobachtungen in den Stichproben der Haushaltsbudgeterhebung (HABE)

	Alle Haushalte		Erwerbshaushalte		Rentnerhaushalte	
	Stichprobengrösse	N gewichtet	Stichprobengrösse	N gewichtet	Stichprobengrösse	N gewichtet
1998	9 295	2 996 282	7 786	2 299 335	1 509	696 947
2000	3 642	2 999 772	2 979	2 275 736	663	724 036
2001	3 740	3 033 433	2 946	2 260 348	794	773 084
2002	3 726	3 049 511	2 933	2 264 447	793	785 063
2003	3 475	3 054 860	2 717	2 281 489	758	773 372
2004	3 270	3 155 045	2 584	2 358 772	686	796 273
2005	3 087	3 203 672	2 419	2 405 077	668	798 594
2006	3 102	3 213 792	2 393	2 411 024	709	802 768
2007	3 379	3 266 522	2 622	2 475 663	757	790 859
2008	3 438	3 335 357	2 697	2 549 371	741	785 986
2009	3 317	3 387 041	2 499	2 538 723	818	848 319
2000–2002*	11 108	3 032 500	8 858	2 267 821	2 250	764 679
2003–2005*	9 832	3 153 234	7 720	2 361 599	2 112	791 635
2006–2009*	13 236	3 307 251	10 211	2 497 910	3 025	809 341

* zusammengelegte Stichproben

T2 Dezilanteile der Primär- und verfügbaren Äquivalenzeinkommen 1998 bis 2009

	Gesamtbevölkerung				Personen in Erwerbshaushalten			
	Primäräquivalenzeinkommen		Verfügbares Äquivalenzeinkommen		Primäräquivalenzeinkommen		Verfügbares Äquivalenzeinkommen	
Einkommensanteile	1.Dezil	10.Dezil	1.Dezil	10.Dezil	1.Dezil	10.Dezil	1.Dezil	10.Dezil
1998	0,2	26,4	2,7	23,4	1,8	23,8	2,7	23,0
2000	0,2	27,3	3,4	23,3	2,2	25,1	3,5	23,5
2001	0,1	25,7	3,6	21,4	2,6	22,9	3,9	20,8
2002	0,1	26,5	3,6	22,0	2,3	23,8	3,8	21,8
2003	0,1	25,5	3,6	21,0	2,4	22,9	3,9	20,9
2004	0,1	25,7	3,3	21,4	1,8	22,7	3,4	21,0
2005	0,1	26,6	3,4	21,6	1,9	23,8	3,4	21,4
2006	0,1	25,6	3,1	21,5	1,9	22,7	3,3	21,3
2007	0,1	27,2	2,8	22,4	1,4	24,4	2,9	22,3
2008	0,1	26,5	3,1	21,7	2,1	23,6	3,2	21,4
2009	0,1	26,1	2,9	21,6	2,1	23,3	3,1	21,4

Quelle: Haushaltsbudgeterhebung

T3 Verteilungs- und Ungleichheitsmasse 2009

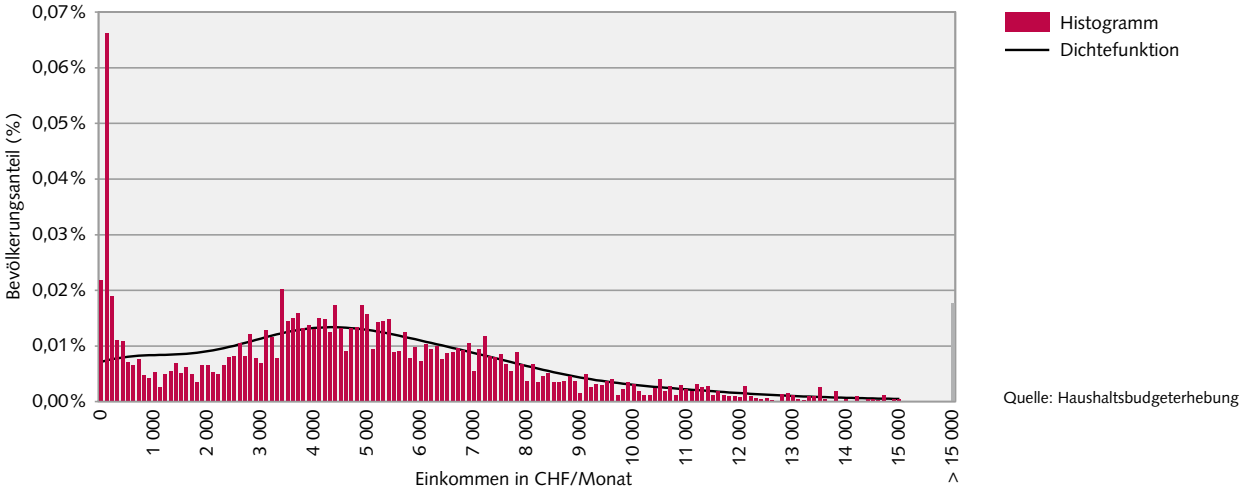
	Gesamtbevölkerung				Personen in Erwerbshaushalten				Personen in Rentnerhaushalten			
	Primäräquivalenzeinkommen		Verfügbares Äquivalenzeinkommen		Primäräquivalenzeinkommen		Verfügbares Äquivalenzeinkommen		Primäräquivalenzeinkommen		Verfügbares Äquivalenzeinkommen	
		+/-[1]		+/-		+/-		+/-		+/-		+/-
Lagemasse												
Mittelwert	4876	142	4269	95	5715	155	4434	109	867	134	3481	167
Median[2]	4458	+184, -138	3883	+58, -83	5076	+146, -153	3981	+105, -73	167	+72, -36	3171	+161, -129
Ungleichheitsmasse												
S80/S20	24,8	5,77	4,3	0,42	5,4	0,45	4,0	0,42	-	-	5,0	1,28
Gini	40,5	1,25	27,5	1,29	31,2	1,19	26,7	1,42	74,7	2,56	29,5	2,94
Atkinson[3]	0,52	0,03	0,14	0,02	0,26	0,03	0,13	0,02	0,84	0,02	0,18	0,05
Theil	0,30	0,02	0,13	0,01	0,17	0,02	0,12	0,01	1,11	0,12	0,14	0,03
Einkommensanteile												
1. Dezil	0,1		2,9		2,1		3,1		0,0		2,0	
2. Dezil	1,6		5,6		5,0		5,8		0,2		5,4	
3. Dezil	5,1		6,7		6,3		6,8		0,5		6,6	
4. Dezil	7,0		7,6		7,2		7,7		0,8		7,5	
5. Dezil	8,4		8,7		8,4		8,6		1,4		8,7	
6. Dezil	10,0		9,5		9,4		9,5		2,9		9,7	
7. Dezil	11,5		10,7		10,9		10,7		6,0		11,0	
8. Dezil	13,9		12,3		12,5		12,2		10,9		12,9	
9. Dezil	16,5		14,4		15,0		14,3		20,0		14,0	
10. Dezil	26,1		21,6		23,3		21,4		57,4		22,3	

1 Grenzen des 95%-Vertrauensintervalls (siehe Glossar).
2 Der Median muss nicht in der Mitte des Vertrauensintervalls liegen. Es werden daher beide Abweichungen angegeben.
3 Ungleichheitsaversionsparameter Epsilon = 1

Quelle: Haushaltsbudgeterhebung

D Anhanggrafik

Verteilung der Primäräquivalenzeinkommen 2009, Gesamtbevölkerung[1] G 1.1



Quelle: Haushaltsbudgeterhebung

[1] Histogramm und Dichtefunktion wurden für diese Darstellung normalisiert. Die Summe der Bevölkerungsanteile ergibt 1.

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Publikationsprogramm BFS

Das Bundesamt für Statistik (BFS) hat – als zentrale Statistikstelle des Bundes – die Aufgabe, statistische Informationen breiten Benutzerkreisen zur Verfügung zu stellen.

Die Verbreitung der statistischen Information geschieht gegliedert nach Fachbereichen (vgl. Umschlagseite 2) und mit verschiedenen Mitteln:

Diffusionsmittel	*Kontakt*
Individuelle Auskünfte	032 713 60 11 info@bfs.admin.ch
Das BFS im Internet	www.statistik.admin.ch
Medienmitteilungen zur raschen Information der Öffentlichkeit über die neusten Ergebnisse	www.news-stat.admin.ch
Publikationen zur vertieften Information	032 713 60 60 order@bfs.admin.ch
Online Datenrecherche (Datenbanken)	www.stattab.bfs.admin.ch

Nähere Angaben zu den verschiedenen Diffusionsmitteln im Internet unter der Adresse www.statistik.admin.ch→Dienstleistungen→Publikationen Statistik Schweiz

Wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung

Statistischer Sozialbericht Schweiz 2011
Bericht des Bundesrates vom 18.05.2011 in Erfüllung des Postulats «Legislatur. Sozialbericht» (2002 P 01.3788), BFS, Neuchâtel 2011, Fr. 27.– (exkl. MWST), Bestellnummer: 1200-1100, Erschienen am 18.05.2011

Verteilungswirkungen staatlicher Massnahmen
Theoretische und methodische Grundlagen BFS, Neuchâtel 2012

Armut in der Schweiz
Einkommensarmut der Schweizer Wohnbevölkerung von 2008 bis 2010, BFS Aktuell, Neuchâtel 2012, Gratis, Bestellnummer: 851-1000, Erschienen am 27.03.2012

Gesellschaftliche Disparitäten im Zusammenhang mit der Verteilung und Umverteilung von Einkommen durch staatliche Massnahmen stehen immer wieder im Fokus der öffentlichen Debatte.

Ausgehend von einem Überblick der finanziellen Situation der privaten Haushalte beschreibt dieser Bericht verschiedene Stufen im Prozess staatlicher Umverteilung und die Entwicklung der Einkommensungleichheit zwischen 1998 und 2009. Zentral ist dabei die Frage, inwieweit allfällige Ungleichheiten durch staatliche Transfers kompensiert wurden.

Bestellnummer
1270-1200

Bestellungen
Tel.: 032 713 60 60
Fax: 032 713 60 61
E-Mail: order@bfs.admin.ch

Preis
Fr. 11.– (exkl. MWST)

ISBN 978-3-303-20026-1